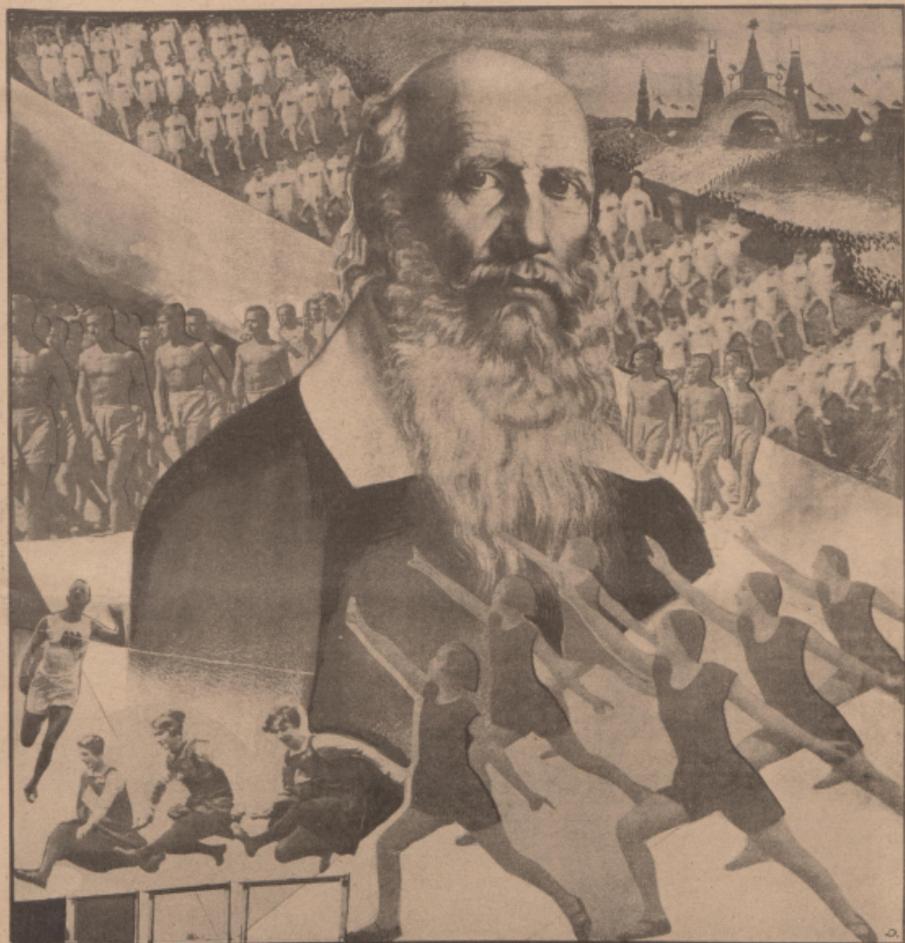


# Der Heimatsdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatsdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Oeh. Reg.-Rat v. Priesdorff, 150. Geburtstag des  
Lernmeisters Friedrich Ludwig Jahn am 11. August 1928 — Arnold  
Zweig, Franz Schubert — Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell,  
Die soziale Bedeutung weltwirtschaftlicher Verflechtungen — Oberreg.-  
Rat Dr. A. Rißler, Entwicklung der deutschen politischen Parteien.

In Kommission:  
Zentralverlag G.m. Berlin W 35  
Halbjährlich 2,50 Mark / Vierteljährlich 5.— Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



Friedrich Ludwig Jahn / geboren am 11. August 1778

# Zum 150. Geburtstag des Turnvaters Friedrich Ludwig Jahn am 11. August 1928.

Von Geh. Regierungsrat von Priesdorff.

Im Herzen Deutschlands, abseits der großen Streda Berlin—Frankfurt a. M., im lieblichen Unstruttal, liegt ein kleines Städtchen: Freyburg. Von den Höhen grünen die Hünen der alten Neuenburg, die Ludwig der Springer gleichzeitig mit der Wartburg als Wahrzeichen der Grenzen seines Landes einst erbaut hat. Nur wenige kennen dieses kleine liebliche Städtchen, und doch spielt es gerade in der deutschen Turn- und Sportgeschichte eine große Rolle. Hier hat Friedrich Ludwig Jahn jahrelang in der Verbannung gelebt; hier hat er die Augen geschlossen, und hier ruht er seit nunmehr über 75 Jahren aus dem seinem Leben und Wirken, das nur dem deutschen Volk und Vaterlande gegolten hat. Mit Recht rüstet sich die deutsche Turnerschaft, Gemeinden, Verbände, um den bevorstehenden 150. Geburtstag des Altmeisters würdig zu begehen.

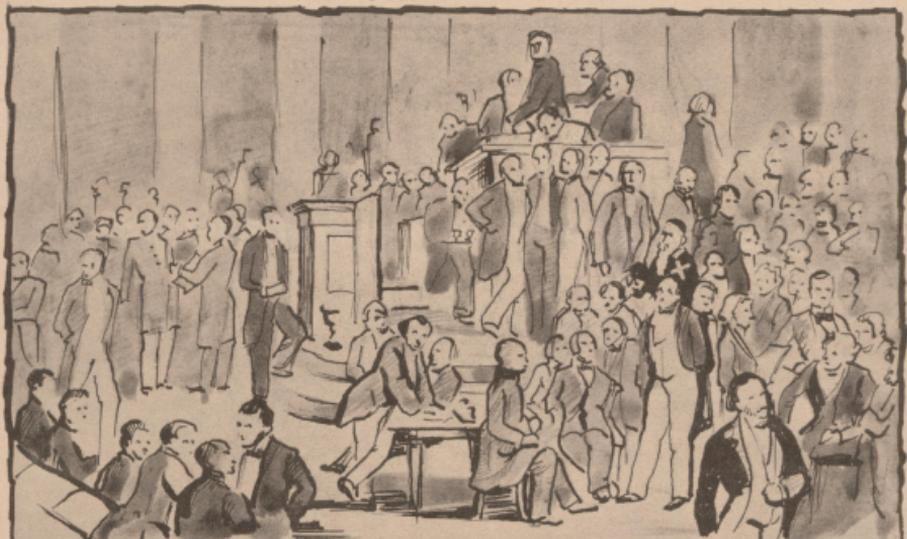
Für die Masse des deutschen Volkes gilt Friedrich Ludwig Jahn schlechthin nur als der „Turnvater“; er war viel mehr. Er war der rückichtsloseste Kämpfer jenes traurigen Dünkels, von dem die deutsche Geschichte leider nur allzuviel erzählen kann, von jener Eingebildetheit, welche nur den als voll gelten läßt, der auf Namen, Herkunft, Besitz pochen kann. Jahn war der leidenschaftlichste Vorkämpfer der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Einheit. War es doch Arnolds gemaltiges Zeugnis: „Was ist des Deutschen Vaterland?“, das er sich zu seinem Lieblingslied erkort. Jahn

war weiter ein leidenschaftlicher Deutscher, er liebte sein Volk über alles. Durch alle seine Schriften ziehen sich seine Worte hindurch:

„Ich fürte mir kein ander Land  
Zum Vaterland,  
Ständ' mir auch frei  
Die große Wahl.“



Aber dem Grabe Jahns in Freyburg a. d. U., das die deutsche Turnerschaft in Dankbarkeit dem alten Meister errichtet hat, lesen wir heute Jahns eigene Worte: „Die Nachwelt seht jeden in sein Ehrenrecht.“ Ja, wirklich, die Mittwelt verstand jenen Mann nicht und wollte ihn nicht verstehen. Sein dauerndes Predigen „der höchstgefährlichen Lehre der deutschen Einheit“ machte ihn den Regierenden, denen eine deutsche Einheit nicht erwünscht war, direkt verhasst. So kam es, daß er eines Tages vom Bett seines schwerkranken Kindes fort verbannt, erst auf die Festung, dann in die Verbannung geschickt wurde. Bei allen großen Charakteren zeigt sich ihre wahre Größe erst im Unglück, so auch bei Jahn. Nichts, keine Demütigung, keine Verfolgung, keine Verhöhnung, kein Mißerfolg brachte ihn ab von dem einmal eingeschlagenen Wege, und in den Zeiten tiefster Entniedrigung rief er es hinaus in die Welt: „Meine Hoffnung für Deutschland und Deutschheit lebt; mein Glaube an die Menschheit wankt nicht.“ Können wir heute nach allem, was wir seit Ausbruch des großen Weltkrieges erlebt, nach aller Demüti-



JAHN (X) IN DER NATIONALVERSAMMLUNG



JAHNS EINZUG IN LEIPZIG

gung und nach all dem Tiefstand, in dem wir uns trotz langsamem Wieder-aufstiegs noch immer befinden, auch mit Jahr bekennen: „Unsere Hoffnung für Deutschland lebt? Die Turn- und Sportbewegung, wenn sie im Sinne Jahns arbeitet, gibt uns darauf die laute Antwort: „Ja.“

Weiter und breiter ist der Kreis derer geworden, die heute Leibesübungen betreiben. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß die deutsche Turn- und Sportbewegung mit all ihren großen Verbänden und Vereinen

und muß unbedingt als Prinzip erhalten bleiben, daß in der Turn- und Sportbewegung Politik nicht getrieben werden darf. Aber die Erziehung des einzelnen zur Volksgemeinschaft hat mit Politik nichts zu tun. Jahr verlangt in seinem „Deutschen Volkstum“ ganz kategorisch: „Teilnahme der einzelnen Staatsbürger am Wohl und Wehe des Ganzen, Entfernung der Absonderung, Hinführung zum Gemeinwesen.“ Er verlangt staatsbürgerliche Erziehung aller Deutschen im Sinne Schillers:

„Immer strebe zum Ganzen,  
Und bist du selber kein Ganzes,  
Als dienendes Glied  
Schließ an ein Ganzes dich an.“



JAHNS VERHAFTUNG

heute die gewaltigste Bewegung in Deutschland ist, und das ist gut so; denn auch dem Einfachsten und dem Ärmsten muß Gelegenheit gegeben werden, nach schwerer Arbeit, sei es im Büro oder in der Werkstatt, etwas für seinen Körper zu tun. Hinaus mit den armen Kindern und mit der Jugend, die gerade in der Großstadt heute bei den schwierigen Wohnungsverhältnissen eng zusammengepreßt in winzigen, staubigen Straßen groß wird; hinaus mit ihr an die frische Luft und in die Sonne. Deshalb kann in der Schaffung von Spielplätzen und Turnhallen gar nicht genug getan werden. Diese Notwendigkeit haben heute wohl alle führenden Stellen eingesehen; aber es erhebt sich die Frage: „Würde Jahr die Art, wie die Leibesübungen zum Teil betrieben werden, heute gut heißen?“ Diese Frage ist nicht liberal und unbedingt zu bejahen.

Jahr wollte mit seinen Leibesübungen das ganze Volk erlassen; er wollte keine „Kanonen“ sülchten auf Kosten der Masse, er wollte kein rekrutenhaftes Verberühren gewisser Kanonen, dazu stand ihm sein ganzes Ziel viel zu hoch.



Rarität: Das Leben ist Turnen.

Erleben wir nicht gerade

die deutsche Turn- und Sportbewegung muß sich klar sein, daß sie ihren Sinn und ihren Zweck verfehlt hat, wenn sie nicht auf diesem Gebiet im Sinne Friedrich Ludwig Jahns tätig ist. Was tut unferem wunden, von der Parteien Zwietracht zerrissenen deutschen Vaterlande dringender not als diese Erziehung zu staatsbürgerlicher Gesinnung? Deshalb muß auf das Geistige in der ganzen Bewegung noch viel mehr Wert gelegt werden.

Wenn in den kommenden Wochen der 150. Geburtstag Friedrich Ludwig Jahns von Behörden, Vereinen, Schulen usw. feierlich begangen wird, dann möchte ich wünschen, daß bei diesen Feiern des öfteren eines Abzuges aus dem „Deutschen Volkstum“ Erwähnung getan wird, der da lautet: „Noch sind wir nicht verloren, noch sind wir zu retten, aber nur durch uns selbst. Wir deuchen zur Wiedergeburt keine fremden Geburtshelfer, nicht fremde

Arzenei, unsere eigenen Hausmittel genügen. Denn immer geht vom Hauswesen jede wahre und beständige und echte Volksgroße aus, im familienglück lebt die Vaterlandsliebe, und der Haushalter unseres Volkstums steht im Tempel der Häuslichkeit; sie ist die beste Vorschule, Volkstum heißt sie bei uns im großen. Für sie kann jeder leben, er sei reich oder arm, vornehm oder gering, einfüßig oder gelehrt, Mann oder Weib, Jüngling oder Jungfrau, Kind oder Greis.“ — Die Kleinarbeit verlangt der große Meister hier von uns, ohne die Wiederaufbau unmöglich ist. Das ist ein

Wie sieht es heute damit? auf dem Gebiet der „Kanonenjücherei“ Dinge, die recht wenig schön sind? Sind sich alle Vereins- und Verbandsvorsitzenden über die Gefahren, die hier herauswachsen, wirklich im klaren? Sind sie sich klar, daß die ganze Turn- und Sportbewegung, wenn sie im Sinne Jahns gehandhabt werden soll, nicht nur eine Bewegung zur Erkräftigung der Muskeln, sondern eine geistige Bewegung sein muß? Auch diese Fragen sind für den, der die inneren Verhältnisse der Vereine kennt, zu verneinen. — Es ist gut so



Rarität auf Bahn den Festungsbauer.

Vermächtnis an uns in dieser ersten, schweren Zeit. Binnen kurzem wird die Büste Johns in die Wallhalla bei Regensburg ihren Einzug halten; verschiedene Städte haben beschlossen, Straßen oder Plätze nach ihm zu benennen. Wir freuen uns über diese Ehrung des Meisters, wir ehren ihn aber am besten,

wenn wir überall, nicht nur auf dem Sportplatz, sondern auch im Beruf, wo wir auch stehen, in treuer Pflichterfüllung die Kleinarbeit in seinem Sinne verrichten. Nur dann können wir aus innerster Überzeugung mit Jahn bekennen: „Unsere Hoffnung für Deutschland lebt!“

## Blick auf Franz Schubert.

Von Arnold Zweig.

Der Musiker Franz Schubert: populärer als er ist von den großen deutschen Genies feiner; ob er aber auch zu den verständlichsten deutschen Musikern gehört? Es gibt in dem Deutschland von 1750 bis 1850 jenen Fall der schnell verbrennenden, genial aufleuchtenden Jünglinge häufiger als in den anderen Kulturen, wo die Widersprüche der Welt und der Seele, wenigstens in der Jugend, nicht so unerbittlich tief dem Genie eingentrollen, das Genie aber auch nicht so häufig in Erscheinung tritt wie gerade in Deutschlands großer Blütezeit. Klopke, Hölderlin, Kleist und Büchner haben als musikalischen Schicksalsgenossen vor allem Schubert; doch auch Mozart ward nicht älter als 35, auch Hugo Wolf schritt früh ummachtet aus dem besetzten Kreis der Volljahrlinge usw. Aber während uns das Werk Büchners oder Kleists in einem mäßigen Dünnruchbande zur Hand steht, weiß man, daß das Genie Schuberts so unablässig fröhliche drachte wie ein tropisch überhöhter Baum; hat man doch ausgerechnet, daß, um alles abzuschreiben, was er aus sich herausgeholt hat, einem Kopisten acht Stunden täglich die achttundzwanzigstündige Lebensdauer Schuberts nicht genügen würden. Die Frage nach dem Rang und Wert des so Geschaffenen stellt sich damit von selbst. Denn ein Dilettantier kann, auch wenn er jung stirbt, unsere Trauer nicht für sich in Anspruch nehmen.

Man hat Franz Schubert, heute darum gefeiert, das Genie des süddeutschen Wesens in einem selbst durch Mozart nicht übertrufenen Grade rein verkörpert. Sein ungeheures Werk, das mit dem jedes Dilettantiers an Umfang weitsteht, leuchtet so genialen Vollendungen in jeder Kunstform, die es auch nur kreift. Daß Schubert der große Meister des deutschen Liedes ist, ignorierten nur seine Zeitgenossen. Wie sehr er unter der unmaßstäblichen und hochmütigen Ablehnung des großen Goethe gelitten hat, der seine Gedichte lieber von angehenden Dilettanten oder Handwerkern wie Zelter oder Reichardt ertönen ließ als von Genies der jüngeren Generation, wußten freilich schon seine Freunde. Aber von seinen Liedern abgesehen: wo findet man eine begaunere Ballettmusik als die zur Romanade, reinere, runder und leuchtendere Sinfoniesätze als die Schuberts, etwa in der C-Dur, von der nachgelassene H-Moll, die ja eine fast unerreichbare Popularität gefunden hat, ohne verstanden zu sein, zu beschränken? Seine Telos sind das Entzünden der Musiker, vor allen Dingen derer, die aus Leidenschaft und Blick zu Hause musizieren, seine Quartette, das Quintett, das Oktett — wer immer etwas von Musik versteht, weiß, daß es hierfür Vergleichsmaterial mit der Musik anderer Musiker kaum gibt, wenn man nicht die letzten Quartette Beethovens oder die schönste Kammermusik von Brahms heranholen will, Werke also aus den Altsepochen der großen modernen Genies, in denen sie, den Eingeweihten gleich,

von der randoollen Höhe ihrer Erlebens her ihre letzten Lebensschaffen, Triebe, Erlebnisse und Erkenntnisse in Tönen ausströmen. Hier nun sieht neben dem Manne Mozart der Jüngling Schubert als der einzige Mitredner unter den Sprechern der neueren Seele in der einzigen Kunst, in der diese Seele sich am reinsten und am vollständigsten offenbart hat, nämlich der romantischen deutschen Musik, wobei man, wie billig, Beethoven mit unter die Romantiker zu rechnen hat.

Eingangsartig zunächst ist, sobald Schuberts Besetzungen ertönen, die Tiefenrichtigkeit der Seele, die anorgelicht, well ausgesprochen wird. Wir ahnen ja heute, dank Nietzsche und Freundes genialen Mitteilungen, mehr als jede andere Epoche vor uns von den Schichten des seelischen Geschehens; man kann erst von hier aus mit Erfolg Künstler ihrem Werte und ihrer Bedeutung nach ordnen. Während zum Beispiel Goethe oder Richard Strauss Seelenrichtungen in ihre Produktion strömen lassen — lassen müssen, es gibt hier keine Wahl —, nicht genial unterbewußt, sondern den Bewußtseinslagerungen des modernen Menschen ziemlich genau entsprechend, der eine das wohlfeile Idyllische, der andere das weislichste Heroische eines ablaufenden Dorfkriegesgeschehens ausdrückend, spricht aus Schubert die Vertauschung mit dem Tode, ja, das blonische Urgenitz selbst, das Nüchtern in der Seele und in der Tragödie wahrgenommen hat. Aus dem inneren Kern der bewußtseinsfähigen, ja der bewußtseinsunfähigen Menschenatur redet und raunt diese Franz Schubert in seinen Quartetten, dort wo er am tiefsten mit sich allein ist — der Vorläufer einer Lebensstimmung, die auf genialer Weise in Wagner's Tristan Kunstwerk wurde, der in der Literatur in ihren einfachsten Briefen

und Oben Kleist oder Hölderlin Worte gegeben haben, und die, ihm selber unzugänglich und unerreichbar, Hofmannsthal in seinen genialischen Frühwerken übermäßig hat, diesen eine Atmosphäre gebend, wie sie in der Moderne so niemandem sonst ausstrahlt. Die Tiefe aber, aus der im Kreisigen — und Schuberts ganzes Werk ist kreisig und tragisch getönt — eine Schöpfung strömt, ist beinabe ausschlaggebend für ihren Wert, weil sie dann Offenbarungscharakter hat, Stimmungen, Daseinsgefühle, Seelenurkunden verlaubar, von denen die Welt vorher nur ahnte, daß sie da seien, nicht aber von ihnen wußte, noch gar sie nacherkennen und in sich lebendig machen konnte.

Dies letztere steht freilich ein weites voraus; Meisterhaftigkeit, Stimmeln nämlich, in gebrochenen Jahren Ursachen auszufinden, was die Tiefe der menschlichen Seele mittelst, das findet sich verhältnismäßig häufig bei Geistes, deren Bewußtseinsrichtungen — sei es durch ein mystisches Erlebnis, sei es durch den Jesuit — ausgehalten sind, wenn sie von ihren Offenbarungen Kunde geben. Dann können Menschen ihnen glauben oder auch nicht, sie ertönen



ober sie auszuüben; denn ganz zu verstehen vermögen Menschen jeweils nur das Durchgeformte, das Gehaltreich für Welt Bekommene. Zu dieser Geburt bedarf es der geschulten Mitarbeit nicht allein aller Bewusstseinsstadien des einzelnen, sondern auch der Erfahrungen von Generationen, die zu messen, ohne aus dem Wesentlichen herauszufallen, eben das Kennzeichen des Meisters ist. Franz Schubert, der von der Lobessehnsucht alles Lebendigen, von der atemlosen

Werken der Kammermusik und besonders dem nicht mehr erdgebundenen Orkest, daß der platonische Eros, der Lebenstriebe selbst, in ihm schafft und singt wie nur noch in Platons herrlichen Dialogen, dem Symposion und dem Phädon, zu den Menschen lebend, Franz Schubert, im Leben vielleicht ein kleinbürgerlicher Wiener und dem damaligen Katholizismus aus durchschüttelnde Art ausgen —

Hedderwieslein. Op. 52

The image shows a musical score for Franz Schubert's 'Hedderwieslein' (Op. 52). It features a vocal line and piano accompaniment. The lyrics are written in German and include phrases like 'Hedderwieslein, Hedderwieslein, Hedderwieslein, Hedderwieslein'. The score is annotated with various musical terms and performance instructions.

Stille des Mittags wiederkönt, löst so, daß die ganze Welt, sofern sie nur Ohren hat, mitzuschwingen muß in den von ihm gewollten und machtvoll gekonnten Rhythmen und Akkorden. Die Nachtseite der Natur hat sich durch ihn so geöffnet, daß Werte, aus der Tiefe des irdischen Daseins quellend, zu gleicher Zeit zu den vertrautesten Zeugnissen der Musik gehören, in Konzerten und im Hause durch das segensvolle Grammophon und das herrliche Radio dem allgemeinen Ohr dargebracht.

Von welchen Göttern aber kommt diesem Schubert das Versühnerische, die Fähigkeit zu solcher Allgemeinheit? Von Göttern, denn Franz Schubert ist, wie wenig er auch selber davon empfunden haben mag, ein Träger derjenigen seelischen Welt, die zu seiner Zeit in ganz Europa die Gemüter überwältigte: hellenischer Schönheit und Goethe und Shelley in England dichteten, was mit Windelmann und Keats, mit Schiller und Humboldt ins europäische Bewußtsein, den Kontinat der

frühe das Kritische nicht zu freien unterläßt, Zeugnis gibt — ist an befehlter Schönheit ganz und gar Ausdruck jener europäischen Dialektstimmung, die die Hölderlinische Ode ebenso erfüllte wie Mörikes schöne Gedichte, und die überall mitsehenswone muß, wenn das Schöne und Weisliche, die Lust des Daseins ein modernes Kunstwerk in die Zone der dauernden Werte heben soll. Denn was auch immer die augenblicklich notwendige Dichtung und Musik für Aufgaben haben mögen, wie sehr auch in unserer sozial verdrängten Zeit die ethischen Kräfte des menschlichen Zusammenlebens und die Kunstwerke bestimmen mögen; solange Menschen Menschen bleiben, und solange sie an dem schönen Geiste der Jugend und der daumuntrauften Helle einer Waldlichtung

und eines Vades Blick und Befriedigung finden werden, wird derjenige Ertrag der Schönheit nicht aussterben, der von den Griechen erkmalts auf geniale Weise offenbart worden ist und der seither neben dem Jastelischen und Christlichen die Kunst der weihen Dölker anschlüßlich beherrschend hat. Und dies ist die Mission, die neben der Moderne die immer gültigen, das heilige laub lebenden Kunstwerke älterer Zeiten wach und wirkend erhält: von den Grundaufgaben zu finden, die dem menschlichen Kunsttrieb gefüllt sind, und am bereitwillen er von unserer Tierart so zäh festgehalten wird wie die sechsseitige Wabenform und das Honigbeeren von den Bienen. Und solange das Schöne schlechthin Götterfüllung für den Hörer sein wird, solange wird die Kunst lebendig bleiben, die von Franz Schubert anstrebte, und die unsterblich ist wie der Sonnenschein, wie die im Wind bewegte Kofe und wie der von Glühwürmern gespensterthaft durchschwebte nächtliche Wald. Der Schöpfer solcher Herrlichkeiten aber, dereseigt es nur nicht im frühestenmal, nebstam mit 31 Jahren erfolglos, arm, von Geldnöten angegriffen, in einer zu leuchten Kellerwohnung zu Wieden, Wien.



M. v. Schwan Schubert in Geringling

der französischen Republik und die formenwelt der Plastiken in Frankreich wie in Dänemark bildeten, ja, was in Schuberts Wien durch Grillparzer, in München durch Platen zum zweiseitig form wurde, das gab und gibt den Werten Schuberts erst ihren letzten und entscheidenden Stempel. Hellenische Schönheit, sehnlich angelehnt von einem Modernen, der selber in Vatermütern und langschüssigen Rock umherging, aber denjenigen, der für solche Verbindungen Ohren hat, offenbart sich aus Schuberts



## Das X. deutsche Sängerkongress in Wien, 19. bis 23. Juli 1928.

Von Ernst Schlicht, Berlin.

Bei dem Verlaufe, gegen den Schluß der dritten Hauptausführung in der Riesenhalle im Wiener Prater die Einbrüche zusammenzufassen, wie sie den Lesern dieser Blätter zu selbsten sein möchten, geben die Gedanken blüßschnell in eine Zeit zurück, die zwei, drei Generationen hinter uns liegt, die Sängerkongress (son in ähnliche Aufgaben hineinstellte, wie sie uns heute ausfallen und, wenn der Schein nicht trügt, von uns heutigen auch gelöst werden. 1865 war in Dresden das I. Bundesfest des 1862 gegründeten

Deutschen Sängerbundes gewesen. Die Rede zur Welthe des Jahreschrift, „Das ganze Deutschland soll es sein“ tragenen neuen Banners wurde mit dem Satze eingeleitet: „Wohl vermögen wir's nicht, mit unseren Liebern Deutschland frei und einzig zu fingen. Aber wir pflanzen in alle Herzen den unzerstörbaren nationalen Glaubenssatz der Zusammengehörigkeit und Einigkeit, den Glaubenssatz, welcher, gemaltiger in jedem nachzuwachen, in diesem Glauben umfangenen Geschlechte, wenn die Zeit gekommen sein wird, die nationale Tat erengen muß.“

Die 1871 zur Tat gewordene Reichsgründung war, im Sinne der Sänger, nur eine Teillösung, sie hatten von Anbeginn an ein größeres Deutschland erstrebt, in dem auch Österreich nicht hätte fehlen sollen. Schon zu den Vorläufern jenes Dresdner Festes waren stets auch österreichische Sänger erschienen. Es fiel nur an das Fest in Nürnberg im Jahre 1861 und an jenes andere in Würzburg im Jahre 1845 erinnert, auf dem übrigens, auch das sei hier hervorzuheben, zum ersten Male damals unter Schützlers Herrschaft stehende Schlesien-Böhmen für die Sängerhöflichkeit in den „Einschlüssen“ fangen und damit bei den deutschen Bruderstämmen einen sofort bei auflodernden Brand entzündeten und das Signal zu einem über ganz Deutschland hinweggezogenen Sturm nationaler Begeisterung gaben. Es war ein Akt der Selbstherrlichkeit, daß im Deutschen Sängerbunde, trotz 1866 und trotz 1870/71, die Deutschen und die österreichischen Sängereisen zusammenhielten, und daß sie ihr altes Ideal, ihre alte Sehnsucht: „Das ganze Deutschland soll es sein“ nicht aufgaben.

Daß dieser Idee, dieser tiefinnersten Sinn aller Bundesarbeit durch nur schon 66 Jahre nichts von der alten Kraft eingebüßt hat, das hat sich gerade in diesen Tagen erwiesen. Es hat sich zugleich aber auch erwiesen, daß in den Kreisen, die der Sängerbewegung in früheren Jahrzehnten innerlich fremd gegenüberstanden, die sie als eine Vereinigungsgemeinschaft behandelt hatten, wie es ja so viele gab, die Erkenntnis gereift ist, daß dem Liebes eine fast lebendige Kraft innewohnt, die Menschen zusammenzuschweißen und in ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Gemeinamkeit, der Schicksalsverbundenheit zu stärken oder gar zu wecken. Es scheint, als ob der tiefere Sinn des alten prophetischen Sängerspruchs: „Das Lied wird Tat, früh und spät“ jetzt erkannt ist. Anders würde es an jeder Erklärung nicht nur für mandatoriel Einzelheiten der Diener Festtage, sondern für die ganze Linie dessen, was sich in Wien zugetragen hat, fehlen.

Es ist natürlich unmöglich, den Verlauf des Festes im einzelnen zu schildern. Im Laufe der Vorbereitungen hatte sich immer wieder die Notwendigkeit ergeben, das Gesamtprogramm zu erweitern, weil die Zahl der Anmeldungen fortgesetzt wuchs, die Räumlichkeiten aber, vor allem die Festhalle, die trotz ihrer bisher von keinem anderen Bau erreichten Größe (über 20 000 Geviertmeter unbauter Raum) eine gleichzeitige Zusammenfassung von rund 80 000 Personen ermöglichte, doch bestimmte Grenzen setzten. Statt der vorgesehenen zwölf Konzertaufführungen mußten drei stattfinden, zu denen nur je 40 000 Sänger aus jedesmal verschiedenen Teilen des Bundesgebietes zugelassen werden konnten. Alle drei Male war das Podium bis auf den letzten Platz gefüllt. Der offizielle Begrüßungsfeier, bei der der u. a. österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der Bundesstaatsminister Schmidt, der Wiener Bürgermeister Seitz, der deutsche Volksbeauftragte Graf Kerdorff, ferner Vertreter mehrerer den Anschlaggedanken vertretenen Volkserbände das Wort ergriffen, mußte eine Vor- und Begrüßungsfeier vorgezogen werden. Stets erwies sich der Raum als viel zu klein. In der Halle wurde mit Kautschoppen gearbeitet, außerhalb hatte man ebenfalls noch mehrere aufstellen müssen, um die vergeblich Einlaß ersehrenden Menschenmassen an den Vorgängen wenigstens etwas Anteil nehmen lassen zu können. Es war ein grandioses, ein überdimensionales Bild, das die überfüllte Alpenhalle jedesmal dem Betrachter darbot. Der Berichtshalter hatte keinen Platz auf der Tribüne gegenüber dem Sängerpodium. Die Köpfe der Sänger wirkten wie über ein riesenhaft ausgebreitetes Schirmgitter. Daß Menschen dort geboren müßten, wurde erst erkennbar, wenn man den Kiebrostragen die Zubörmassen in Bewegung, man kann sagen zeitweilig in Ekstase geleitet, und ihre Tücherhüllen vom Podium her erobert wurde. Der stärkste Augenblick war unstreitig der, als nach der Ansprache des Bundesvorsitzenden Kist-Berlin in dem Charakter einer Anschlagkundgebung tragenden dritten Gesamtauführung gemeinsam das Deutschland gesungen wurde. Das gab Minuten von geradezu erschütternder Wirkung.

Hier muß eingestuft werden, daß auch die musikalische Wirkung dieser Veranstaltungen ungeschätzt groß war. Es zeigte sich, daß alle Bestrebungen, der von dem das 120 m breite Podium füllenden Chorführer produzierte Ton würde aus rein akustischen Gründen nicht inwieweit sein können, in nichts zerfallen. Es konnte nicht nur mit seinen dynamischen Unterschieden gearbeitet werden, es war sogar außerordentlich reizvoll, das An und Abfließen der Conforte zu beobachten und sich von dem hellenweissen wirklichen Klanggeber gesungen nehmen zu lassen, sondern man hatte auch wagen können, in die Programme des Massenchores Vorträge einiger landschaftlicher Einzelverbände einzufügen, die unter sich ungleich stark waren. Der Kontrast zwischen dem Riesenchor von 40 000 Sängern und einem Einzelbund von bis zu wenig über 1000 Sängern herunter machte sich stets nur wenige Takte, oft nur wenige Akkorde klar geltend.

Die Frage der Auswahl geeigneter Chormusik bei Massenaufführungen immer fester. Sobald nicht regelmäßig zusammenliegende Verbände eine musikalische Aufgabe einlösen und sollen, zeigen sich Schwierigkeiten. Bei einem Anlaß, wie ihn das Wiener Fest darstellte, vor allem im Hinblick auf das ungelöste Rätsel der akustischen Gesetze, waren die Schwierigkeiten um so größer. Man

beachte, daß ein von dem Gesamtchor vorgezogenes Lied in Tausenden von Vereinen vorgesung werden mußte. Hierin liegt zugleich aber der ungeheure erzieherische Wert des Bundesfestes, weil ohne Zwang zur Selbstbeteiligung nicht nur bei jedem einzelnen dieser Tausende von Vereinsmitgliedern, sondern sogar bei jedem einzelnen Sänger nicht auszukommen ist.

Viel musikalische Feinfelt gab es übrigens in nahezu 60 Sonderkonzerten, die in den einzelnen Konzertsälen der Stadt dargeboten wurden, teils von Vereinen, die als „Spitzvereine“ gelten und mit ihren „Spitzenmusikern“ die Führung in der Gesamtkonzertsetzung darstellten, teils von Vereinen und Verbänden, die auf musikalischen Sondergebieten, die oftmals eng an landschaftliche Eigenarten, an Stammesarten, gebunden sind, man denke z. B. nur an das Volkslied, das in der Steiermark ein anderes ist als in Schwaben, Baden oder Ostpreußen, ein besonders kultiviertes Arbeitsfeld haben. In allen Musikprogrammen zusammengefaßt sind weit über 500 verschiedene Chorwerke gesungen worden, vom Volkslied, vom mittelalterlichen Madrigal bis zu den modernsten Fortschreibungen, die vielleicht erst nach Jahren oder Jahrzehnten beim Dorwärtsschreiten der allgemeinen Musikaufführung im Volke Allgemeinrecht werden können.

Einschlägig war also alle musikalischen und rednerischen Darbietungen wirkte für den Anschlaggedanken, der festlich nicht dem das fest äußerlich seinen Höhepunkt, zugleich aber auch seinen Abfluß fand. Auch hier hatten die Festarrangements einen oder richtigen gelagert, den wertvollsten Helfer: den Wettertag. Ob irgend jemand die Zahl der Teilnehmer schätzen kann, ist wohl mehr wie zweifelhaft, denn zum Festzuge gehörten nicht nur die Sänger, die mit ihren Fahnen und Gesängen, die typische Landschafts- oder Städtebilder oder die Symbole des Liebes darstellten, landschaftsweise in dreiten Zwickelreihen durch die Straßen schritten, zum Festzuge gehörte auch die Menschenmasse, die in mächtiger Tiefenlagerung die Straßen säumte. Wien hat mit seinem breiten „Ring“ eine Festzugsstraße, wie sie überall kaum noch zu finden ist, gefahrlos denn irgendwo vorhanden ist. Dieser Vorteil wurde wohl ausgenutzt.

Eingeleitet wurde der Festzug mit einer großartigen Feier zum Gedächtnis des 1828 verstorbenen Kiederführers Franz Schubert, der der Schutzpatron des Festes überhaupt gewesen ist. Bei dieser Feier hielt u. a. auch der österreichische Bundespräsident Rathlich eine Begrüßungsansprache, die durch den Kautschoppen den Menschenmassen allgemein vermittelt wurde. Nach der Schubertfeier setzte sich die Spitze des Festzuges in Bewegung, und durchschnitt zum frühen Vormittage bis in die Abendstunden hinein zog ganz Deutschland in allen seinen Stämmen durch das deutsche Wien. Sehr Stunden hatten die landschaftlichen Zuschauer ausbrennen müssen. Der wie der Berichtshalter das Bild hatte, wurde sich in der Spitzengruppe wieder die Festzüge sahen und an deren Ende der Festzug an sich erschwerbar sehen zu können, der hatte natürlich härtere Eindrücke als die anderen, die entweder auf den Tribünen oder am Straßenrande oder an den Fenstern oder Dächern der Gebäude einen Platz hatten oder die im Festzuge einbüßten, aber auch die unzählbaren Massen jener anderen mußten Eindrücke von unbeschreiblicher Würde erhalten haben. Das Ganze war eine Kundgebung für den Gemeinschaftsgedanken von überdimensionalem Ausmaße. Das Wort überdimensional, das schon nach den Veranstaltungen in der Festhalle gesagt worden war, kann auf den Festzug mit erhöhtem Recht angewendet werden.

Wenn man schon davon gesprochen würde, daß Deutsche aller Stämme an dieser Kundgebung teilhätten, so ist damit zwar schon gesagt worden, daß auch die Deutschen aus den Gebieten außerhalb von Deutschland und Österreich mit dabei waren, gleichwohl muß darauf noch hingewiesen werden, daß Tausende von Sängern des Auslandes, wie es schon vor 1918 Ausland gewesen war, und aus den durch die Friedensverträge noch 1918 abgerissenen und abgetrennten Gebieten für ihr Deutschland manifestiert haben. Unvergesslich: das einjame Heldentum der Südtiroler.

Den Auslandsdeutschen war im übrigen noch ein besonderer Kommerz gemeldet, wie es überhaupt das Bestreben war, die Angehörigen gleicher Berufs, solcher Interessen, solcher Heimat zu sammeln, um mit ihnen und vor ihnen fest, besonders, gerade ihnen eigentümlicher Art zu erörtern. Mancher „Ebenmalige“, es sei an die inmitten der wertvollen Bevölkerung der Kleinstadt und der Dörfer wirkenden früheren Ademiker erinnert, mancher Fachgenosse, der vereinzelt auf seinem Arbeitsplatz steht, z. B. der Kleinstadt- oder Dorfschullehrer, dem die Möglichkeit zum Anschlag an Lehrerzweigvereine fehlt, mancher „Ausgewanderte“ hat auf Heimatländern wiederum Säden zu altgewohnten Bestrebungen knüpfen können. Und konnten auch nicht alle aus den einzelnen Menschengruppen erfasst werden, so waren es doch wenigstens die Führer und die stärker interessierten, die nimmend Dabein in irgendeiner form und leichter und besser als die anderen die gemeinsamen Eindrücke und Taten verarbeiten können und es auch tun werden.

Gerade das ist der unendliche Gewinn des Festes, daß durch die vielfältigartigen Kanäle, durch alte und neue Personenverbindungen, sein Grundgedanke, Pflege und Bekundung des Gemeinschaftsgeistes, mehr als bisher im große deutsche Volk getragen werden wird.

Der Berichterstatter darf sich in dieser Hinsicht auf die wiederholt in angeborenen Missprüche führender Politiker, Staatsmänner und Behördenvertreter berufen. Doch auch das „Reich“ seine führenden Männer, den Reichsinnenminister Seegering und den Reichstagspräsidenten Ede, daß das in Kulturfragen stark den Reichschlag gebende Preußen den gerade für Musifizierungsangelegenheiten maßgebenden Ministerialreferenten Kleiberger entsandt hatten, mag zunächst vielleicht ein Akt der Courtoisie gewesen sein, hat dann aber gerade bei diesen Männern die Erkenntnis gefährt, wech ungeborene Kraft im Klode liegt, und daß sie, auf einen Punkt hin gerichtet, wirkliche Menschenmassen mit wohlhabend stanzelndem Gedanken erfüllen kann. Edees nichtig schallendes Bekennnis, das von tieferer Ergreiftheit getragen war, gab dem Seß der Nation politische und seelische Dauer.

Daß bestimmte Führerkreise in einer Reihe von repräsentativen Versammlungen einander noch besonders nähergebracht worden sind, darf nicht verschwiegen werden, wenn es dem Berichterstatter auch schwer fällt, gerade auf ihren Verlauf hier nicht näher eingehen zu können. So mögen aber doch wenigstens kurz registriert werden ein Empfang der Presse, die in den Tagen nicht nur des festes, sondern auch in den Monaten, ja Jahren der Vorbereitung Großes geleistet hat, in einem Pratergarten die Übergabe des Bundesbanners, als des

Symbols der Zusammengehörigkeit der Sänger aller Stände und Stämme, seitene der bisherigen Feststadt Hannover an die neue Feststadt Wien im großen Konzerthaus, ein Empfang beim deutschen Gesandten Grafen Kerkerfeld, ein Empfang durch den österreichischen Bundesunterrichtsminister im Schloße Schönbrunn und ein von der Stadt Wien daragesontes Abendessen im Rathaus.

Und nun zum Schluß noch ein Ausdruck des jetzigen Vorstrebens des Deutschen Sängerbundes gelegentlich seiner Rede in der Anschluß-Fundation in der Festhalle, der aus der Gleichartigkeit der geistigen Einstellung des D. S. B. jetzt und 1862, bei der Bannentwikelung in Dresden, heraus, das Wort prägte: „Unsere Seele blüht nach diesem Großpreußenschland, aber unser Verstand sagt uns, daß wir Sänger es nicht erzwingen, daß wir nur Vorbereitungsarbeit leisten können.“ Ein Zufall will es, daß 1865 und 1928 es Schwaben gewesen sind, die von der Rednertribüne des Sängertums zum deutschen Volke haben sprechen können, Männer gerade desjenigen deutschen Stammes, der mit ganz besonderer Treue das deutsche Lied in seiner schönsten Form, das alte, ewig junge Volkslied, küet und pflegt. Auch diese zufällige Stammesgehörigkeit der Sprecher und Führer des jetzt auf nahezu 600 000 stehende Mitglieder anwachsenden Deutschen Sängerbundes damals und jetzt mag für die Zukunft ein günstiges Vorzeichen sein. „Lied wird Tot, früh oder spät.“

## Die soziale Bedeutung weltwirtschaftlicher Verflechtungen.

Don Reichsarbeitsminister Rudolf Düssel.

Der Vortrag, den der Reichsarbeitsminister kürzlich in Magdeburg von Vertretern des weltwirtschaftlichen Vergleichsvereins gehalten hat, schloß mit der Empfehlung zu heben, was zum ersten Mal von dem Reichsminister hat, dem „Heimatdienst“ einen umfassenden Auszug zur Verfügung zu stellen.

Wir empfinden es heute fast als eine Selbstverständlichkeit, daß wir in enger wirtschaftlicher Verbindung mit beinahe allen übrigen Völkern leben. Und dennoch ist dieser Zustand verhältnismäßig jung. Erst innerhalb des letzten Jahrhunderts hat sich ein wirklich intensives, gegenseitiges Durchdringen der Volkswirtschaften Platz gemacht. Seitlich sind diese Beziehungen heute so eng, daß jeder Versuch, einen Teil aus dem Weltwirtschaftskörper herauszulösen, schwerste Schädigungen für die Wohlfaßt des betroffenen Volkes mit sich bringen muß. Wir alle kennen ja einen solchen Versuch aus eigenem Erleben: Im Kriege waren die Mittelmeerländer infolge der Blockade gezwungen, fast ausschließlich von ihren eigenen Erzeugnissen zu leben. Die Folgen, die diese Isolierung für die gesundheitsliche und kulturelle Lage der Völker mit sich brachte, haben auch alle Anhänger des Gedankens einer sogenannten „wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit“ bezeugt.

So ist heute die Abhängigkeit von fremden Volkswirtschaften für jedes Land verschieden groß. Sie ist verhältnismäßig geringer für Länder, die über die meisten Rohstoffe zur Verfügung ihrer Bevölkerung selbst verfügen. Sie ist verhältnismäßig groß für Länder, die wegen ihrer natürlichen Beschaffenheit auf Einfuhr ausländischer Waren unbedingt angewiesen sind. Ein Beispiel für den ersten Typ bilden die Vereinigten Staaten von Amerika, für den zweiten Typ Deutschland. Aber selbst von der Natur bevorzugte Gebiete wie die Vereinigten Staaten haben ihren Nutzen von der weltwirtschaftlichen Marktstellung. Auch sie beziehen auf dem Wege des Auslands viele Dinge besser und billiger, als sie im eigenen Lande hergestellt werden könnten.

So ist denn auch die Erkenntnis von den Vorteilen zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen immer mehr zum Allgemeinort der Menschen geworden. Aber von der Theorie zur Praxis ist ein weiter Schritt. Wenn man sich die Entwicklung der Nachkriegszeit anieht, so muß man die wirtschaftlich ungreifliche Tatsache feststellen, daß nicht die Tendenz zur Steigerung internationaler Zusammenarbeit, sondern die Befreiungen zu einem gegenseitigen nationalen wirtschaftlichen Abschlusß in der Hauptsache vorliegen. Neue selbständige Wirtschaftsgebiete sind entstanden, und jedes von ihnen erstrebt mehr oder weniger den Aufbau eigener nationaler Indurien. Europas Landesgrenzen haben sich um 11 000 km vermehrt, und das war leider gleichbedeutend mit einer ebenso großen Vermehrung der Zollmauern. Alte merkantilistische und im Grund in sich widerspruchsvolle Wirtschaftsdenke sind erwacht: All diese Länder möchten verkaufen, ohne zu kaufen, möchten ausführen, ohne einzuführen. Es erübrigt sich, die Unmöglichkeit einer solchen Politik im einzelnen darzulegen. Die tatsächlichen Verläufe bei der wirtschaftlichen Abschlusß in der Hauptsache vorliegen. Im vorigen Jahre mit außerordentlichem Erfolg. „Nach dem Kriege unternommenen Verläufe.“ So führt er aus, „durch eine Politik der Abschließung zum Wohlstand zu gelangen, müssen nach der Erfahrung von nahezu neun Jahren als gescheitert angesehen werden. Die öffentliche Meinung der Welt hängt an zu begreifen, daß man Wohlstand nicht für sich einkapiteln kann.“ Aber auch aus dieser Erkenntnis haben die Länder bisher wenig praktische Schlüsse gezogen. Soweit hier und da kleine Fortschritte erzielt werden konnten (ber-

stärkte Anwendung der Weisbegünstigung, Frage der Ein- und Ausfuhrverbote), handelt es sich nur um erste Anfänge einer tiefen großen Arbeit, die noch die Zukunft zu leisten haben wird.

Schneller als die Staaten sind nach dem Kriege die privaten Unternehmungen auf dem Wege zur weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit fortgeschritten. Je mehr innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften die Herrschaft der freien Konkurrenz gebrochen und durch die Prinzipien des Zusammenstehens abgelöst wurde, desto mehr wuchsen die Zusammenstöße auch über die einzelnen staatlichen Grenzen hinaus. So sind internationale Kartelle den nationalen gefolgt, so haben sich zahllose Formen zwischenstaatlicher Kapitalbeteiligung herausgebildet und die Interessen inländischer und ausländischer Unternehmungen miteinander verknüpft.

Der große Gewinn, den die verschiedenen Formen weltwirtschaftlicher Verflechtung für jedes Land darstellen, wird leider durch die Tatsache herabgemindert, daß diese Verflechtung in zahlreichen Fällen nicht die Gestalt einer gewissen Gleichberechtigung angenommen hat. Dimehr, offenbar hat sich häufig als schärfster Konkurrenzkampf um den Absatz der gleichen Ware. Dieser Konkurrenzkampf ist nach dem Kriege sehr viel heftiger geworden, als er vorher war. Der Grund dafür liegt vor allem in der industriellen Entwicklung der außereuropäischen Länder. Es ist ja bekannt, daß die früher unempirten industrielle Vorkonkurrenz Europas heute nicht mehr besteht. In den Vereinigten Staaten und Japan, in Mittel- und Südamerika, in Australien, Indien, Südamerika und in noch anderen Ländern sind während des Krieges auf der einheimischen Rohstoffgrundlage eigene Industrien aufgebaut worden. Industrien, die heute für Europa und ganz besonders auch für Deutschland eine erhebliche Konkurrenz bilden. Man hat dieser Tatsache auch in den europäischen Ländern bereits Rechnung getragen, indem man sich mehr und mehr auf die Produktion von solchen Erzeugnissen einstellte, in denen Europa den meisten jener Länder zweifellos überlegen ist. Das sind einmal Produktionsmittel im weitesten Sinne — vor allem Maschinen —, das sind zweitens Produkte, deren Herstellung nur mit einer besonders qualifizierten Arbeiterschaft möglich ist, und das sind drittens diejenigen Waren, bei denen Wissenschaft und Erfindertätigkeit eine ausschlaggebende Rolle spielen. In letzterem Zusammenhang nenne ich nur Stichworte wie künstlichen Stoffstoff oder Kohlenvergasung.

Nach den Erfahrungen so weniger eigentlich normaler Jahre, wie wir sie seit dem Kriege hinter uns haben, ist es ja sehr schwer, schon etwas Enghilftiges über die zukünftige Entwicklung der Konkurrenzverhältnisse zwischen Europa und den neuauftretenden Industrieländern auszusagen. Man beginnt sich also zwedmäßig damit, festzustellen, daß bisher die Absatzmöglichkeiten Europas durch diese Veränderungen fast erschwert worden sind, und daß aus dem gleichen Grunde der internationale Konkurrenzkampf in Zukunft erheblich blutiger ausfallen wird. Das ist zum einen, und dabei ist, daß in diesem Kampf vielfach zu künstlichen und sogar zu ausgesprochen antinationalen Mitteln gegriffen wurde. Ein charakteristisches Beispiel dafür bildet die Kohle. Die englische Kohlenindustrie hat im Jahre 1926 versucht, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne ihre verlorene Rentabilität wiederherzustellen. Der Erfolg war nicht eine entsprechende Verbesserung der englischen Verhältnisse, sondern eine Verfestigung der Lage für alle Kohleproduzierenden Länder.

Der Ausfuhrpreis der englischen Kohle sank im Jahre 1927 wiederum um etwa 25 p. h. Die selbstverdienliche Folge war: Druck auch auf die Ausfuhrpreise und die Rentabilität der Kohlenindustrie des übrigen Europa und damit auf die Lebensbedingungen auch seiner Bergarbeiter. Die Kosten einer derartigen verfehlten Wirtschaftspolitik trägt eben nicht nur die Arbeiterchaft des betreffenden Landes allein, sondern unweigerlich auch die Arbeiterchaft der anderen Länder.

Wer seinen Platz auf dem Weltmarkt nicht verlieren will — und das wird selbstverständlich niemand wollen —, der muß vor allem einen Weg beschreiten: den der Rationalisierung. Der Erfolgsumfassung seiner Wirtschaftsmethoden, der dauernden Rationalisierung seiner Produktion. Wir haben ja in Deutschland vor der Notwendigkeit gestanden, nach zehn Jahren der Isolierung innerhalb kürzester Frist unseren Anschlag an den Weltmarkt wiederzufinden. Das hieß: so schnell wie möglich alles nachholen, was an Produktionsverfehlungen inzwischen verläumt worden war. Wir haben diese Aufgabe in weitgehendem Umfang gelöst. Schnell mußten wir die Lösung mit einer Krise von ungewöhnlichem Ausmaß — der „Nationalisierungsstrife“ der Jahre 1925/26 — bezahlen. Im ganzen Jahre 1926 fand die Zahl der unterstellten Erwerbslosen bekanntlich nicht unter 1,3 Millionen. Nun ist es ja ohne weiteres verständlich, daß das sehr schnelle Tempo der Rationalisierung in jener Zeit Umständen außerordentlichler Art erforderlich machte und infolgedessen die Lage der Arbeiterchaft stärker erschwerte, als das bei normalem Gang der Fall ist. Aber mehr oder minder sehen wir bei der heutigen weltwirtschaftlichen Situation ständig unter dem Einfluß derartiger Umwälzungen — Umwälzungen also, die gerade die Bekanntheit des Arbeitsverhältnisses in hohem Maße bedrohen. Daher ist es auch nur folgerichtig, daß die Weltwirtschaftskongresse im vorigen Jahre sich mit der Frage der Rationalisierung ganz besonders befaßt hat. Mit großem Recht hat sie auch dieses internationale Wirtschaftproblem gleichzeitig als ein internationales soziales Problem von hoher Bedeutung angesehen. Sie hielt es daher für ein Gebot der Gerechtigkeit, daß der Arbeiterchaft für die Opfer, die jede Rationalisierung — mindestens vorübergehend — von ihr fordert, ein Ausgleich gemäht wird. Dabei fanden neben auszuweisender Unterstützung der Arbeitslosen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Zuwachs an Kaufkraft im Vordergrund.

Die gleichen Gedankengänge haben auch die deutsche Öffentlichkeit mit Absicht der großen Rationalisierungsstrife im Jahre 1927 lebhaft bewegt. Die Arbeiterchaft sah die Vorteile der Rationalisierung in Form von erheblichen Produktivitätssteigerungen auf betriebs allen Gebieten gebracht hatte. So lag beispielsweise die Ertragsleistung pro Kopf der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie Ende 1927 um mehr als 40 p. h. über der des Jahres 1925. Der Schichtförderanteil des Hauer im Ruhrgebiet war beinahe ein Drittel höher als vor dem Krieg. Hätten wir eine umfassende amtliche Produktionsstatistik, so würden sich ähnliche Ziffern auch für viele Fertigungsindustrien anführen lassen. Die vorliegenden Schätzungen bewegen sich in der gleichen Richtung. Nun sah man selbstverständlich ein, daß die Rentabilität der Unternehmungen nicht ohne weiteres ebenso gestiegen war wie die technische Ertragsleistung; denn die neu angeschafften Maschinen und Werkzeuge mußten bezahlt bzw. amortisiert werden. Aber ebenso selbstverständlich erschien es, daß auch nach Abzug dieser Aufwendungen noch ein Vorteil für die Unternehmungen verblieb; denn sonst wären ja für die ganzen Anschaffungen ohne Sinn gewesen.

Da betrachtete es denn die Arbeiterchaft nicht nur als eine sozial gerechte, sondern auch als eine wirtschaftlich gebotene Forderung, daß auch sie ihren Anteil an den Ergebnissen der Rationalisierung erbeile. Bei ihrer wirtschaftlichen Klugheit sollte sie dem Sinn an dem Markt in dem Weltmarkt. Auch ihrer Aufstellung bietet nur ein kaufkräftiger Binnenmarkt die genügende Gewähr für eine regelmäßige Ausnutzung der Produktionsanlagen und für einen rentablen Export. Die Arbeiterchaft wies ferner darauf hin, daß Stärkung der Kaufkraft das wichtigste Mittel sei, einem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage — d. h. also der Entstehung von Krisen — vorzubeugen. Die Unternehmerschaft andererseits ging vom Exportproblem aus. Sie betonte die Not-

wendigkeit für Deutschland, zu einer Ausfuhrsteigerung zu gelangen. Wollte man diese erreichen, müsse man aber die Produktionskosten — und damit auch die Löhne — möglichst niedrig halten. Außerdem hob sie hervor, daß durch steigende Löhne die Kapitalbildung gehemmt und dadurch die sehr große Kapitalarmut Deutschlands noch gesteigert würde. Nun ist es zweifellos richtig: Deutschland ist in hohem Maße auf den Absatz seiner Waren in anderen Ländern angewiesen. Es muß für seine Industrie erforderliche Einfuhr bezahlen, und es muß seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Beides ist letzten Endes nur mit Hilfe der Warenausfuhr möglich. Aber, das möchte ich mit aller Entschiedenheit hervorheben: die Exporte sind auf sich nicht auf Kosten sozialer Entregungen, Exporte forciert werden. Dieser Gedanke muß Deutschland in seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik leiten. Will es ihn aber mit Erfolg durchsetzen, d. h. Kapitalbildung und Verbrauch, Außenabgab und Binnenmarkt in ein richtiges Verhältnis zueinander bringen, so ist es dabei in hohem Maße auf eine entsprechende Einteilung der übrigen am Weltmarkt beteiligten Länder angewiesen. Darum wenden wir uns auch gegen den Versuch, durch Druck auf Löhne oder Verdrängung von Arbeitsstell die Konkurrenzfähigkeit unrentabler Industrien zu erhalten. Die internationale Verteilung und der Arbeitsmarkt zu einem in unumgängliche Ergänzung jeder weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dieser Erkenntnis wird bei der Erörterung internationaler Wirtschaftsfragen immer wieder eine entscheidende Rolle spielen müssen.

Wenn ich ausdrücklich betont habe, daß der Export eines Landes nicht mit einem Druck auf die Lage der Arbeiterchaft erkauft werden darf, so möchte ich ergänzend doch noch eins hinzufügen: es kann selbstverständlich vorkommen, daß Zoll- und Handelspolitik eines Landes auch einmal Opfer von der Arbeiterchaft fordern müssen. Ich denke da daran, daß ein Arbeiter als Produzent von Zolllasten und den dadurch ermöglichten höheren Preisen seiner Industrie sehr wohl interessiert sein kann. Wird es ihm doch bei gestiegenen Preisen viel leichter, Konsumforderungen bei seinem Unternehmer durchzusetzen. Andererseits hat der gleiche Arbeiter ein ebenso großes Interesse an den niedrigen Preisen der Waren, die er verbraucht. Er wird infolgedessen geneigt sein, den Zollfuß derjenigen Industrien, die Bebarsartikel für ihn erzeugen, abzulegen. Hier können also Gruppenwünsche in klaren Gegensatz zu den Gesamtinteressen der Arbeiterchaft treten. Sie auszuweichen ist nicht immer einfach. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Gesamtinteressen dabei den Ausschlag zu geben haben, und daß eine verantwortliche Wirtschafts- und Sozialpolitik reine Gruppenpunkte ebensowenig bei der Arbeiterchaft bilden kann wie bei der Unternehmerchaft. Übrigens wäre es, auf die Dauer gesehen, auch für die betroffene Gruppe von Nachteil, wenn man ihnen Sonderwünsche folgen und wegen zeitweiliger Schwierigkeiten an einzelnen Stellen das einheitliche Ziel aus den Augen verlieren wollte. Die Entwidlung der letzten Jahre hat uns ja vor allem eines großen Fortschritts gebracht: daß wir nach Befestigung der schlimmsten Wunden des Krieges und der Inflation unsere Maßnahmen wieder mehr unter den Gesichtspunkt der Dauer stellen können. In den ersten Jahren konnte man kaum etwas anderes tun, als die in jedem Augenblick immer wieder auf-tauchenden dringlichsten Notstände zu beseitigen. Heute sehen wir die große Krise vor uns, auf der sich die Entwidlung der einzelnen Länder — mit oder gegen ihren Willen — bewegt. Sie führt zu wachsendem Zusammenhang — auf politischem Gebiet, auf wirtschaftlichem Gebiet, auf sozialem Gebiet. Aufgabe der verantwortlichen Führer jedes Landes ist es, diese Entwidlung in der Weise zu fördern, wie es dem sozialen Geiste der Gegenwart entspricht. Das bedeutet: nicht Herabdrängung des Selbstanstands der fortgeschrittenen Länder auf den der zurückgebliebenen, nicht unüberlegte Herabsetzung auf Kosten der Arbeiterchaft, sondern Anpassung der Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Länder an die fortgeschrittenen. So allein bekommt die internationale Zusammenarbeit ihren eigentlichen Sinn, der nur ein einziger sein kann: Förderung des Wohlstandes der dreien Weltmassen in allen Ländern.

## Saar-Schicksal / Von einem Arbeitnehmer.

Die legitimen Väter des sogenannten Saargebiets — das als politische Begriff erst der Versailler Vertrag in die diplomatische Terminologie, und zwar rein aus Zweckmäßigkeitsgründen der französischen Ausbeutung einführt, und dessen „Völkerverbund“-Verwallung er im sogenannten Saar-Statut des näheren festlegte — sind heute entweder tot, wie Wilson, oder befinden sich jetzt selbst in Opposition zu der unmöglichen Situation ihres selbstwille nur mit Widerwillen empfangenen Kindes, wie Lloyd George. Seine legitimen Väter aber, das Comité des Forces und der französische Generalsmittlungsamt eines Latein-

adoptieren und amnestieren es auch heute noch mit der imperialistischen Unheimlichkeit der ersten Tage von 1919 — wenigstens tun sie so!

Einmal seiner Väter aber gab dem Kinde ein Geburtstags-geschenk in die Wiege, das sich im Laufe der Jahre als weit stärker erwies, denn alle Kationen, Bajonette und Besatzungen, mit denen Clemenceau und seine gebliebenen Schüler Poincaré und Cardoux — gemeint sind die Poincaré und Cardoux von ehemals, von vor den Wahltagen von 1924 — den „Schutz“ dieses Kindes organisiert: es war die vielerfährte Idee des Selbstbestim-

mangsrechts der Döller. Das deutsche Saaroorf hat die Fahne des Selbstbestimmungsrechts aller Französischbesitzungen entgegengetragen und heute darf man feststellen, daß der Sieg auf seiner Seite war.

Die politische Situation des Saargebietes wird naturgemäß zunächst bestimmt durch den Versailles Vertrag, der es für 15 Jahre vorläufiglich dem Deutschen Reich übertrug und zur Verwaltung eines Völkerbundes in wählenden fünfgliedrigen Regierungskommissionen übertrug, von zwei Mitgliedern je ein Franzose und ein Saarländer sein mußten. Nach 15 Jahren soll das Land nach den Bestimmungen des Versailles Vertrags über sein weiteres Schicksal selbst abstimmen und sich für einen Verbleib unter dem Völkerbundsregime oder für Anschluß an Frankreich oder aber für seinen vollen Wiedereinbruch an Deutschland entscheiden. Die Entscheidung des Saarvolkes ist inzwischen längst gefallen und war von Anfang an nicht zweifelhaft: Es hat im Saargebiet niemals eine auch nur nennenswerte Minderheit gegeben, die anders als für Deutschland votiert hätte.

Die Regierungskommission ließ im Saargebiet immer das Gemeinwesen des Genfer Völkerbundes war. Solange der Genfer Döllerbund eine Sinnergänzung darstellte, war die Regierungskommission nicht mehr als die Beauftragte der Pariser Regierung. Seit der Döllerbund seiner unvollständigen Bestimmung ohnehin nachließ, hat auch die Regierungskommission des Saargebietes diesem Stimmungs- und Gesinnungsschwund Rechnung tragen müssen, um so mehr, als inzwischen in Frankreich durch die Maßnahmen von 1924 die Bedeutung der französischen Sozialisten und der französischen linksbürgerlichen Schichten und ihr Einfluß auf die Regierung stark gesteigert wurde. Heute ist das Saarproblem politisch ein Teilproblem der seit Coccaro in Frankreich gewonnenen Aufgaben politischer Vereinigungen des europäischen Westens und wird mit ihnen über kurz oder lang vielleicht sogar ohne Abstimmen seine einzig mögliche Erlösung, nämlich die der Rückgliederung nach Deutschland, finden.

Gegen diese politische Rückgliederung der Saar wehren sich heute selbst die Kreise nicht mehr, die noch kürzlich in einer neuen sogenannten französischen Saarkolon Frankreichs „wobst- und mordeten“ Rechte an der Saar schützen zu müssen glaubten. Davoran sie aber nicht verschiden wollen, das ist die wirtschaftliche Ausbeutung des Saargebietes durch Frankreich. Frankreich ist seit der Schaffung eines politischen Saargebietes der Besitzer der Saarkohlenruben und hat damit den Schlüssel der gesamten Saarwirtschaft in der Hand. Unter rigoroser Anwendung seiner wirtschaftlichen und politischen Macht hatte es weiterhin die Mehrzahl der saarländischen schwerindustriellen Werke lebensfähig und sich ihrer Ausbeutung gehalten. Der Versailles Vertrag gab ihm außerdem ab 10. Januar 1920 die Zollhoheit im Saargebiet, und Deutschland mußte demnach zusehen, wie ohnedring, entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen des Vertrages, Frankreich im Saargebiet seine Wäuerung einführt. Damit und durch sein Eisenmonopol auf dem Saarmarkt sehen die wirtschaftliche Macht Frankreichs im Saargebiet auf ihrem Gipfel angekommen zu sein, und die Einrichtung einer eigenen französischen Handelskammer für das Saargebiet sollte die Krönung dieses Wertes darstellen.

Aber der unerklärliche Abneigung der breiten Volksmassen des deutschen Saargebietes, die weder durch Androhung noch durch Peinliche für den Erobererwillen der Anzionellen zu gewinnen waren, so dem die fortwährende Inflation des französischen Frank (die den Saargebiet nach der Inflation der Mark noch eine zweite Inflation brachte) mit ihren tiefen inneren Sorgen Frankreichs und zumeist die Sprache der harten wirtschaftlichen Katastrophen — die die Saarpromktion nach wie vor auf ihrem Hauptmarkt, Süddeutschland, verewies und die erst recht nach Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und Deutschland die Unmöglichkeit einer Aufnahme der saarländischen Produktion durch den französischen Markt nachwies — haben alsbald die französischen Wäuteräume von einer Penetration pacifique des Saargebietes auf wirtschaftlichem Gebiete erfahren lassen. Die Saarkommunikation wäre längst zum Erliegen gekommen, wenn nicht das Deutsche Reich durch die Entgangenen in den Zollverbindungen und in der Saarkollaboration seine Lage der saarländischen Produktion weit offen gemacht hätte. Gerade die französische Intransigenz der Justizau-Bautischen vom Schlage des Poincaré des Rubenmarktes bewies die unüberlegliche Katastrophe, daß das Gebiet der Saarkommunikation nach Wäuten steht.

Das haben inzwischen auch die vernünftigen Nationalisten Frankreichs eingesehen, und da sie die „Siegespland“ Saargebiet nicht beutelos aus der Hand geben wollen, versuchen sie, sich am besten Kohlenorkormen der deutschen Saar schablos zu halten. Der südwestliche Zipfel der Saar, Wäend genannt, war ein Kohlenberg, beherrschte die besten Kohlenorkormen der Saar. Dort haben die fettkohlenreiche diese bis zu 18 m gegenüber 1/2 m auf der rechten Saarleite. Dieses Gebiet ist für den Kohlenabbau, abgesehen von der Grube Völsen, noch nicht erschlossen, soll aber nach der Rückkehr der Gruben in den preußischen Staatsbesitz gemäß der felerlinden Erklärung des preußischen Handelsministers Schreiber sofort erschlossen werden und Arbeitsmöglichkeit für eine Reihe unbefähigter deutscher Saargeberleite bieten.

Die Kohlenlöse des Wäend legen sich nun ins demnachste lohringische Gebiet weiter fort und werden hier von drei französischen Gesellschaften (also auf lohringischem Boden) ausgebaut: von La Houve bei Kreuzwald, von Sarre et Mofelle bei Karlingen und Merlenbach und von der Wendel bei Stiringen und Kleinrosseln. Diese französischen Kohlenlöse, die mit moderneren Anlagen versehen sind als die von den französischen vernachlässigten deutschen Saargruben, und deren Standortlage durch Kanalbauten der Franzosen und durch eine besondere Grachtspolitik der französischen Eisenbahnen wesentlich besser ist als die der Saargruben, haben ihre Förderung von Jahr zu Jahr zu steigern verstanden, und infolge der oben schon angegebenen Vorzüge und infolge der größeren Ergiebigkeit ihrer Abzüge gegenüber den Saargruben natürlich sehr im Vordergrund. Hinzukommt, daß sie als Arbeiter keine aus aller Herren Länder dort angehebelt haben, die sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie in der Frage der Lohnpolitik die bequemen Arbeitnehmer sind, die sich der französische private Bergbau besorgen kann. Söhren ist dort die französische Lohnmännliche Bergarbeiterorganisation, die durch Korruption innerhalb ihrer eigenen Reihen wie durch eine ganz anfangs ungewerkschaftliche Taktik jeglichen Einfluß gegenüber dem Arbeitgeber und bei der arbeits- und sozialrechtlichen Gestaltung verloren hat. Infolgedessen wirken auch dort Arbeitszeiterlängerung und Lohnbedrückung gegenüber dem Saargebiet als Konkurrenzschaden.



Darüber hinaus aber sind diese Gesellschaften dauernd bemüht gewesen, den französischen Staat dazu zu bewegen, ihnen ein Herankommen an die reichen Kohlenorkormen des deutschen Wäend zu ermöglichen und zwei dieser Gesellschaften sind denn auch an das vorläufige Ziel ihrer Wünsche gekommen. Die französische Bergwerksgesellschaft „Sarre et Mofelle“ löst unweit Karlsbrunn im Wäend mit Erlaubnis der Regierungskommission des Saargebietes unterirdisch in die fettkohlenreichen Wäend vor und beutet so unterirdisch deutsche Saarkohlenorkormen in größerer Ergiebigkeit, ohne irgendwelche Steuern und andere Leistungen an das Saargebiet zu zahlen, aus. Dasselbe Vorgehen hat die Wendel für seine bei Kleinrosseln gelegene Grube zusehends bekommen, so daß jetzt sowohl von Säben wie von Nordofen her der von Koftrigen teilweise unklammerte Wäend bereits ausgeräubert wird.

Neben diesem offensichtlichlichen Kohlenraub auf deutschem Boden und der daraus entspringenden wirtschaftlichen Schädigung der Saar hat diese unterirdische Ausbeutung des Wäend auch eine große politische Gefahr. Die Wendel und die übrigen französischen Gesellschaften legen in großem Umfange an der Saargezogene Arbeiterkolonien an. Sie beschäftigen in jeigemdem Maße deutsche Saargeberleite, die von der französischen Grundbedirection des Saargebietes infolge ihrer eigenen Wirtschaftslage entlassen wurden und die infolge ihrer besonderen Qualität als erprobte Bergleute drüben sehr geschätzt sind. Erst in den jüngsten Tagen ist die Saark- und Mofel-Bergwerksgesellschaft mit einem Heer von Werbern in den deutschen Wäend eingedrungen und hat die sofortige Anwerbung von 1000 neuen deutschen Saargeberleuten zu günstigen Lohnbedingungen und billiger Autoförderung von und nach der Arbeitsstätte verkinden lassen. Sie will beispielsweise die auf einem einzigen Schacht täglich aus 700 Tonnen durch Bergbauvermehrung auf eine Tagesleistung von mindestens 1200 Tonnen täglich steigern.

Zu gleicher Zeit steigt die Zahl der deutschen Saargeberleute, die von dem mehr als 100000 Mann zugezogenen linken Saarkar in das lohringische Bergabbau hinein zu Arbeitsannahme gezwungen werden. Rund 1000 Saargeberleute sind im Laufe der letzten Monate nach und nach von der französischen Grundbedirection im Saargebau entlassen worden, und unter dem Druck der Re-

gierungskommission und willfähriger Bürgermeister und Kandidat werden diese Saarbergleute unter Androhung der Entziehung der Arbeitslosenunterstützung gezwungen, im französisch-lothringischen Gebiet Arbeit anzunehmen. Noch vor einem Jahre betrug die Zahl der Arbeit nach Lothringen gingen, etwa 1000. Heute dürfte die Zahl bereits nach einigen Tausenden zählen und damit die Einwärtungsamalgamate des französischen Arbeitseigenen auf den deutschen Arbeitnehmer ganz wesentlich gesteigert sein. Allerdings ist die Situation unter diesen Arbeitern sehr groß, da die ihnen von den Oberen gegebenen Versprechen auf der Ebene oft nicht eingehalten werden.

Alle diese Leute sind, falls es im Jahre 1935 oder vorher zu einer Abstimmung im Saargebiet kommt, abstimmsberechtigt. Die Abstimmung selbst findet nach dem Wortlaut des Versailleser Vertrages gemeinsam und befristet statt, und über das Ergebnis dieser Abstimmung und seine „Auslegung“ entscheidet der Völkerratsrat. Die Deutung ist also hier für die französischen Arbeitgeber, die zugleich den französischen nationalisierten Ämtern repräsentieren, sehr nabeliegend, nach der Methode: „Wess' Brot ich esse, des' Lied ich singe“ eine Beeinflussung der Abstimmung vorzunehmen und sich den einen oder andern der deutschen Wählerkategorie zuzuschreiben zu lassen.

Daneben aber machen französische Militärischen in weitherriger Auslegung der bekannten Sicherheitsbedenken Frankreich immer wieder darauf aufmerksam, daß Frankreich zur strategischen Beherrschung des Saartales des Höhenzuges auf der linken Saarseite westlich von Saarlouis bedarf, um von hier aus sowohl die Möglichkeit einer neuen deutschen Waffenkunde an der Saar wie auch

die neuer Aufmarschpläne zu beherrschen. Daß sie dabei zugleich den landwirtschaftlich ergiebigen Teil des Saargebietes mitschlucken würden, hat den Appetit dieser Herren gewiß nicht beruhigt.

Dem gegenüber verlangt die Saar einzig und allein nach der möglichen Befreiung ihrer Rückgliederung nach Deutschland. Während die französische Erwerbendirektion alles tut, um die Pläne ihrer lothringischen Gewinnsummenwandler zu unterstützen und insgesamden neben mangelhafter technischer und wirtschaftlicher Organisation ihres Kohlenbergbaues zugleich durch eine unmögliche Kohnpolitik und durch beständige Verminderung der Belegschaft die Lage im Saarbergbau zuspitzt, ist sich die ganze deutsche Bevölkerung an der Saar darin einig, daß eine Besserung ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation erzielt werden kann nur durch baldige Rückführung zu Deutschland. Der Platz der Saarregion als der Grundlage der Lebensmöglichkeit für mehr als 700 000 Menschen ist innersachlich und nicht ansehnlich der deutschen Volkswirtschaft. Erst die Wiederkehr des süddeutschen Wirtschaftsmarktes kann der Saarwirtschaft jene Prosperität für die Zukunft ermöglichen, ohne die sie zu einem absterbenden Grenzland werden müßte. Und alle volkswirtschaftlichen Probleme, die die Saarwirtschaft in jüngerer Zeit auf lebhafteste beschäftigt haben: die Verkehrs-, die Elektrizitätsversorgungs-, die Gasfernversorgungsfrage u. a., sie alle haben immer wieder eine Notwendigkeit besonders klar herausgehoben, die als politische Forderung von der Bevölkerung erhoben worden ist, solange es dieses unmögliche Zwerggebilde an der Saar gab — nämlich die Forderung:

Kommt die Saar heimkehren in ihr Vaterland!

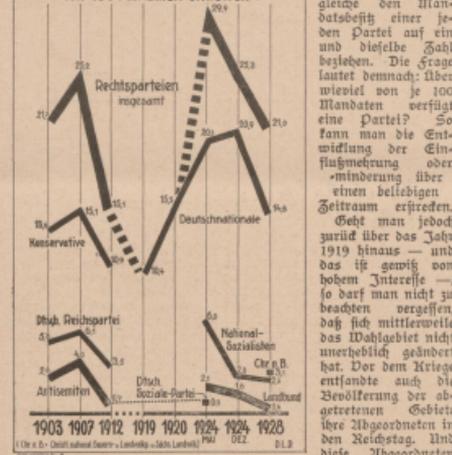
## Die Entwicklung der deutschen politischen Parteien in den letzten 25 Jahren.

Von Oberregierungsrat Dr. A. Klöder, Berlin.

Die Machtgröße einer politischen Partei spiegelt sich wieder in dem Anteil, den sie an den Mandaten des Reichstages hat. Da seit 1919 die Mandatsgröße aber keine unveränderliche ist, sondern von den früheren oder schwächeren Wahlbeeinflussung abhängt, muß man zum Vergleiche mit dem Mandatsbesitz einer jeden Partei auf ein und dieselbe Zahl bezogen.

### Die Rechtsparteien

Von 100 Mandaten erhielten:



abgetretenen Bevölkerung umrechnen. Weil das aber im Rahmen eines kurzen Artikels nicht möglich ist, sei lediglich auf diese Notwendigkeit verwiesen, damit die gegebenen Zahlen nicht zu falschen Schlüssen verleiten. Aber auch ohne diese Umrechnung entbehren die Zahlen nicht des Interesses, weil letzten Endes nicht entscheidend, was hätte sein können, sondern was ist.

Der politische Einfluß einer Partei hängt jedoch nicht allein ab von ihrem Mandatsbesitz, sondern auch von der Stellung, die sie im Kreise der Parteien einnimmt, besonders wenn sich viele Parteien in die Gesamtzahl der Mandate teilen müssen, wie das in Deutschland der Fall ist. Nimmt eine Partei eine Schlüsselstellung ein, so muß sie schon recht stark sein, um sich positive Mitarbeit an der Reichsregierung und -verwaltung sichern zu können. Und das wird jeweils auch nur einer der Flügelparteien beschieden sein, entweder der rechten oder der linken. Die Mittelparteien dagegen stehen immer in weit günstigerer Position, sie können sich durchwegs sowohl mit rechts, als auch mit links verbinden, sind weder der Rechten noch der Linken entzweit. Daher sind in den Kämpfen, die diesen Ausführungen illustriert beigegeben sind, zwar die Parteien einzeln aufgeführt, doch auch gruppenweise zusammengefaßt in:

- A. Rechtsparteien,
- B. Einpartei,
- C. Zentrum und Bayerische Volkspartei,
- D. Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei,
- E. übrige Parteien.

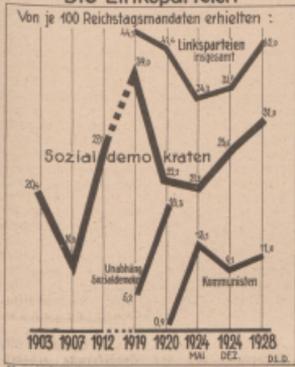
#### A. Die Rechtsparteien. Siehe Schaubild A.

Zu ihnen zählen nach dem Kriege die völkischen Gruppen, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutschsoziale Partei, der Landvolk, die Christlichnationale Bauernpartei und das Bäuerliche Landvolk, vor dem Kriege aber die Konfessionen und die Deutsche Reichspartei. Diese Rechtsparteien besaßen nach den Reichstagswahlen 1924 ihre höchste Kraft. Sie verfügten über 29,9 v. H. aller Reichstagsmandate. Ihr Tiefstand zeigt sich nach der Nationalversammlungswahl an ihrem 10,4 v. H. Demnach ist augenblicklich über 21 v. H. verfügen, sind sie immertin noch schwächer als im Jahre 1903. Das Charakteristikum ihrer Bewegung ist das starke und stetige Auf und Nieder. Auch in der Abspaltung kleiner Gruppen prägt sich diese Erscheinung aus.

#### B. Die Einpartei. Siehe Schaubild B.

Sie sind weniger gespalten. Vor dem Kriege fand lediglich die Sozialdemokratische Partei ausgeprägt links. Nach dem Kriege rechnen hierher auch die Kommunisten und bei den Wahlen des

### Die Linksparteien



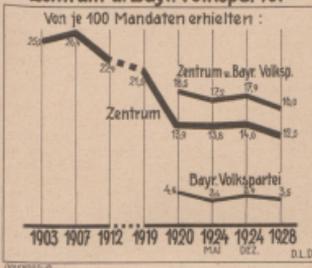
haben. Seit dem Jahre 1919 wechselt der Einfluß der Linksparteien zwar auch, doch nicht annähernd in dem Maße der Rechtsparteien.

### C. Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Siehe Schaubild C.

Diese Parteien, die mit anderen zu den ausgesprochenen Mittelparteien rechnen, sind deshalb für sich zusammengefaßt, weil sie sich weitausfächlicher besonders abheben und als solche bis zum Jahre 1920 in einer Partei vereint waren.

### Zentrum u. Bayr. Volkspartei



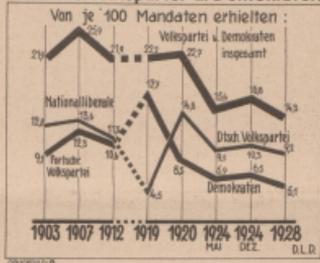
Jahres 1920 auch die selbständig auftretenden Unabhängigen Sozialdemokraten. Diese Gruppe (sah 1919 auf dem Gipfel ihrer Macht; ihr gehörten von je 100 Reichstagsmandaten nicht weniger als 44,2 v. H. Ihr Tiefstand fällt in das Wahljahr 1907 mit 10,8 v. H. Augenblicklich hält sie mit 42 v. H. die vierfache Machtposition des Jahres 1907. Diese Tatfrage wirkt sich noch besonders hervor, als seit der Wahl 1920, nach der die Gruppe nur um ein geringes schwächer war, die Mittelparteien nicht unendlich an Einfluß eingebüßt haben.

daten nicht mehr teil mit 18,5 des Jahres 1920, sondern nur mit 16. Die letzte Wahl bedeutet ihren Tiefstand. Am Niedergang sind beide beteiligt, das Zentrum schwächer.

### D. Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei. Siehe Schaubild D.

Auch diese bilden eine Gruppe für sich, vor dem Kriege unter dem Namen Nationalliberale Partei und Fortschrittliche Volkspartei. Bis zum Jahre 1920 hielt sich ihr Einfluß ziemlich beständig zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Gesamtmandatszahl. Dann aber trat eine erhebliche Bedeutungs-

### Deutsche Volkspartei u. Demokraten



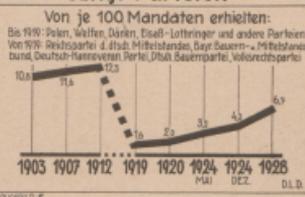
erminderung ein, die ihren Mandatsanteil auf 14,3 v. H. bei der letzten Wahl beschränkte. Der höchste Machteinfluß des Liberalismus fällt in das Jahr 1907, von dem er gegenwärtig nur wenig mehr als die Hälfte besitzt. Die Entwicklung dieser Parteien ist sehr ungleichmäßig.

Sogar liegt die größte Geltung jeder dieser Parteien in der Nachkriegszeit, die der Deutschen Volkspartei im Jahre 1920 mit 14,2 v. H., die der Demokraten im Jahre 1919 mit 17,7 v. H., aber der größte Machtausdruck der Demokraten fällt mit der größten Schwäche der Deutschen Volkspartei zusammen. Seitdem haben die Demokraten mehr als zwei Drittel ihres Einflusses eingebüßt, während die Deutsche Volkspartei ihren Stand bei der Nationalwahl zwar um 100 v. H. verbessern konnte, jedoch nur zwei Drittel ihrer höchsten Parlamentskraft behauptete.

### E. Übrige Parteien. Siehe Schaubild E.

Von ihnen sei nur erwähnt, daß ihr Bild wechselt wie i. Kaleidopskop, was sich im Vergleich mit der Vorkriegszeit durch den Fortfall der Polen, Elbaf-, Lothringer und Dänen erklärt. Ihre Zunahme seit 1919 ist in der Hauptsache für die Wirtschaftspartei zu verbuchen.

### Übrige Parteien



## Zur Zeitgeschichte

### Die dritte Tagung des Sicherheitskomitees in Genf.

Das sog. Sicherheitskomitee hat vom 27. Juni bis 4. Juli in Genf seine dritte und vorläufige letzte Tagung abgehalten, und damit, wie sein Präsident, der tschechoslowakische Außenminister Beneš, feststellte, die ihm von der 8. Völkerbundsversammlung durch die sog. 3. Resolution zugewiesene Aufgabe erfüllt. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden im Herbst der Völkerbundsversammlung zur Prüfung und Annahme vorgelegt werden, und die Völkerbundsversammlung wird dann zu beschließen haben, ob das Komitee später noch einmal zusammentritt.

Frage man nach dem Ergebnis der drei Tagungen des Sicherheitskomitees, die Anfang Dezember 1927 und Februar/März bzw. Juni/Juli d. J. stattgefunden haben, so muß man zunächst die dem Komitee von der Völkerbundsversammlung gestellte Aufgabe in Erinnerung bringen. Das Komitee sollte parallel zur Vorbereitenden Abklärungs-Konferenz die Möglichkeiten prüfen, wie die Sicherheit der Staaten auf dem Wege des Ausbaus vertraglicher Verpflichtungen im Rahmen des Völkerbundspaktes erhöht werden könne. Das Komitee unterzog sich dieser Aufgabe in der Weise, daß es eine An-

zahl von Modellverträgen und dazugehöriger Resolutionen ausarbeitete, die denjenigen Staaten oder Staatengruppen, die eine Verstärkung ihrer Sicherheit wünschten, zur Annahme vorgelegt bzw. empfohlen werden sollen. Es wurde eine recht erhebliche Menge juristisch-politischer Arbeit geleistet, bei der die Interessen der einzelnen Staaten und Staatengruppen unter juristischen Formulierungen sich auseinandersetzen, ein diplomatisches Spiel, das für den Augenblickenden vielfach schwer durchsichtig war, aber bei dem besonders deutlich das Bestreben Frankreichs und seiner übrigen Bundesgenossen in Erscheinung trat, neue Bindungen und Sicherheiten für die Festlegung des Status quo zu finden, während England nur allem darauf bedacht war, keinerlei Verpflichtungen einzugehen und die Hände freizuhalten, und Deutschland naturgemäß und mit Erfolg sich bemühte, Bindungen zu vermeiden, die einer späteren Beilegung der durch die Friedensverträge an verschiedenen Stellen Europas geschaffenen ungedehnten und finwidrigen Zustände weitere Schwierigkeiten in den Weg legen könnten.

Bezüglich der Haltung Deutschlands während der Tagungen des Sicherheitskomitees ist im einzelnen zu konstatieren, daß sie durchaus positiv war, trotzdem das Sicherheitskomitee nur seinen gemäßigten Mächte offensichtlich nur als ein Mittel gebacht war, um durch

möglichste ausgiebige Prüfung und Komplizierung der sog. Sicherheitsfrage die Arbeiten für die Abklärung und damit diese selbst möglichst hintanzuhalten. Man hatte sich die Sache bei den Gegnern der Abklärung offenbar so gedacht, daß die Diskussion der Sicherheitsfrage dazu führen würde, einlose Debatten herbeizurufen, unüberbrückbare Gegensätze zu schaffen und damit den Hinweis auf die Unmöglichkeit der Lösung der Sicherheitsfrage im Sinne einer Abklärung der Weisereisung der Abklärungsfrage zu vermeiden, entsprechend der vom frankreich seit Jahren vertretenen These: Erst Sicherheit, dann Abklärung. Es war unter diesen Umständen selbstverständlich, daß Deutschland an den Arbeiten des Sicherheitskomitees mit größtem Nachdruck teilnahm, da das der beste Weg war, um zu verhindern, daß ein eventueller Mißerfolg dieser Arbeit Deutschland in die Schute gefohben werden könnte. Deutschland hat sogar, wie man wohl sagen darf, die positiven Vorschläge gemacht. Ihr Ziel ist das der Kriegserhellung durch die Entwiklung eines Verfahrens, das die sachgemäße Durchführung eines Schlichtungsprozesses vor dem Völkerrundrat sicherstellt, und dessen Durchführung besonders in Zeiten drohender Konflikte, oder wenn solche schon ausgebrochen sind, ermöglicht. Das Ergebnis der deutschen Vorschläge ist der Entwurf zu einem Modellvertrage, der als Kollektivabkommen, d. h. als ein Vertrag, gedacht ist, den möglichst zahlreiche Staaten annehmen sollen und in dem sie sich verpflichten, im Falle eines Streitges die vorläufige Entscheidung des Völkerrundrates über den Streitgegenstand anzunehmen und auszuführen, die dazu bestimmt sind, Maßnahmen der Parteien zu verhindern, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausföhrung der entgeltlichen Regelung haben können, ferner sich aller Maßnahmen zu enthalten, die den Streit verschärfen können und schließlich für den Fall, daß bereits Feindseligkeiten ausgebrochen sind, den Empfehlungen des Völkerrundrates auf Einhaltung der Feindseligkeiten Folge zu leisten. In letzterem Falle ist vorgesehen, daß diese Empfehlungen, wenn Streitkräfte in das Gebiet eines Staates eingebracht sind, die Zurückziehung der Streitkräfte und die Wahrung der Souveränität enthalten werden. Wenn dieser Modellvertrag von einer größeren Anzahl von Staaten, etwa denen Europas, unterzeichnet würde, würde die kriegsbeeinträchtigende Tätigkeit des Völkerrundrates, wie sie im Völkerrundpakt vorgesehen ist, eine Erleichterung und Stärkung erfahren, die eine sehr schätzenswerte Friedenssicherung darstellen würde.

Als Ergebnis der ganzen Arbeit des Sicherheitskomitees läßt sich somit folgendes feststellen: Es ist den Gegnern der Abklärung nicht gelungen, die Sicherheitsfrage als Barriere vor die Abklärung zu schieben, oder gar Deutschland die Situation des Möglichen hineinzuwandern, der sich einer Lösung der sog. Sicherheitsfrage widersetzt und damit die Abklärung unmöglich macht. Das Sicherheitskomitee hat vielmehr unter positiver deutscher Mitwirkung die ihm gestellten Aufgaben erledigt und dem Sicherheitsbedürfnis der Staaten neue Möglichkeiten der Befriedigung geschaffen. Das Werkvolle dafür wurde sogar auf Grund der deutschen Vorschläge erreicht. Im Gegensatz dazu ist auf dem Gebiete der Abklärung gleichzeitig nicht das mindeste geschehen. Die Vorbereitende Abklärungskommission hat sich vielmehr nach ihrer letzten erfolglosen zehnten Sitzung im März verabschiedet, ohne einen festen Termin für ihre nächste Sitzung festzusetzen. Deutschland hat somit auf der nächsten Völkerrundversammlung im September eine denkbar günstige Plattform, um sein Recht auf die Abklärung der anderen vor aller Welt auf neue und energisch zu vertreten. Dazu kommt, daß inzwischen der Abschluß des Kelloggpakts als gesichert erscheinen kann und damit die Friedenssicherung eine neue und starke Stütze erhalten hat. Was an vertraglichen Friedenssicherungen unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, wird durch den Kelloggpakt und durch die Ergebnisse der Arbeiten des Sicherheitskomitees erreicht. Unannehmlich wäre die Friedenssicherung von jener Seite in Angriff genommen worden, die noch an erhebliche schwere Summen, nämlich durch die Erstattung der Rüstungen, durch den Rüstungsausgleich, durch die Befestigung jenes der Natur, der Gerechtigkeit und den von der Gegenseite im Friedensvertrag von Versailles und im Völkerrundpakt übernommenen und durch Kokoro feierlich betätigten Verpflichtungen in gleichem Maß wiedersprechenden Zustand Europas, bei dem einzelne Völker völlig waffen- und wehrlos sind, während die anderen bis auf die Zähne bewaffnet fe umgeben.

### Lohnsteuer.

Die Lohnsteuer ist eine Quellensteuer, sie ist die bedeutendste laufende Reichseinnahme, bringt sie doch seit Jahren allmonatlich mehr als einhundert Millionen Mark ein, zumeist waren es schon ganz erhebliche Summen. Die Lohnsteuerpflichtigen führen seit langem gegen diese Aufzahlung einen zweifachen Kampf. Einmal verlangen sie die Rückzahlungspflicht, die Erstattung von Lohnsteuer bei Verdienstaussfall, da sie sonst auch bei niedrigstem Jahreseinkommen steuerpflichtig bleiben, um andern fordernden und fordern sie eine allgemeine Erleichterung dieser Steuer, weil die seit Jahren rasch anwachsenden indirekten Steuern (im besonderen Zölle), die

in der Wirkung meist Kopfsteuern sind, zuerst für den Forderreichen Haushalt mit kleinstem Einkommen eine hohe Last sind.

Einkunftssteuern von Hundert der Reichseinkommensteuer, also auch der Kopfsteuer, gehen an die Länder und die Gemeinden, diese sind deswegen stark am Lohnsteueraufkommen interessiert. Die Lohnsteuer steht so auch im Brennpunkt des Finanzausgleichs, außerdem selbstverständlich im Mittelpunkt jeder Finanz- und Steuerreform.

So kam es 1925 zur sogenannten Keg Brünning. Das Gesetz zur Beschränkung der Einkommen aus der Lohnsteuer befohle:

„übersteigt das Aufkommen aus der Lohnsteuer in einem Zeitraum von zwei aufeinanderfolgenden Kalendererletere Jahren den Betrag von 600 Millionen Mark, so hat die Reichregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Erhöhung der Abzüge bei Forderreichen Familien und des steuerfreien Betrages herbeiführt.“

Als im Halbjahr April bis September 1927 die Voraussetzungen der Keg Brünning erfüllt waren, kam man in der damaligen politischen Konstellation zu einer Ummformung des Lohnsteuererleichterungsgesetzes von 1925. Man veränderte aber nicht — wie beabsichtigt gewesen — die Abzüge für Forderreiche Familien und setzte auch nicht den steuerfreien Betrag herab, sondern machte der Einfachheit halber von dem Wirklich zu zahlenden Lohnsteuerbetrag einen Abschlag von 15 p. h. Im übrigen wurde die Keg Brünning dahin geändert, daß sie in Zukunft erst dann wieder Lohnsteuerermäßigungen auslösen solle, wenn die Jahreseinnahme aus dieser Quelle mehr als 1300 Millionen Mark erreiche.

Trotz der seit 1926 durchgeführten Lohnsteuererleichterungen (1927 rund 61 Millionen Mark) ist nach den bisherigen Monatsergebnissen der Lohnsteuer für 1928/29 (1. April 1928 bis 31. März 1929) eine Jahressumme von wesentlich mehr als 1300 Millionen Mark zu erwarten.

Im Reichstag wurden von den Vertretern der sozialdemokratischen, der Zentrum- und der demokratischen Fraktion deswegen sofort nach den Wahlen ein Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht. (Also nicht nur für die Lohnsteuerpflichtigen.) Der Kampf um diesen Initiativvorschlag war sehr lebhaft.

Während auf der einen Seite aus politischen Erwägungen eine baldige Ermäßigung — noch vor Ablauf des in der veränderten Keg Brünning vorgesehenen Etatsjahres — verlangt wurde, wies man auf der anderen Seite auf den damit eintretenden großen Steueranstieg in den überkommenen der Einkünfte hin, die doch ihrem Jahresertrag schon festgelegt hätten. Die Kommunisten machten die beabsichtigte Ermäßigung für bedeutungslos, obwohl es sich um einen Halbjahresbetrag von etwa 50—60 Millionen Mark handelt.

Die Regierung erklärte sich mit dem von den erwähnten drei Parteien gestellten Antrag einverstanden. Es wurde dann beschloffen, die Ermäßigung des zu zahlenden Steuerbetrages, also den Abschlag, von 15 auf 25 p. h. zu erhöhen. Diese Maßnahme tritt mit dem 1. Oktober, also für die zweite Hälfte des Etatsjahres 1928/1929, in Kraft. Damit ist die Keg Brünning vorbereitet. Dismal sind in die Ermäßigung aber neben den Lohnsteuerpflichtigen auch die veranlagten Einkommen bis 15 000 Mark eingeschlossen.

Richtig ist, daß die beschlossenen Ermäßigungen für den einzelnen Steuerpflichtigen nicht erheblich sind, dennoch wird von mancher Seite angenommen, daß damit die Einnahme aus der Lohnsteuer für 1928/29 auf 1300 Millionen Mark herabgedrückt wird. Von anderer Seite wird das Gegenteil erwartet. Damit würde auch die Lohnsteuer im Herbst gemeinsam mit den großen Steuerungen nochmals behandelt werden. Empfehlenswert wäre die Umänderung im Sinne der ursprünglichen Keg Brünning, d. h. insbesondere die Ummänderung des mehr prozentualen Abschlages in Abzüge für Forderreiche Familien und steuerfreien Einkommensbetrag.

### Giovanni Giolitti 4

In den ersten Stunden des 17. Juli d. J. hard auf seiner Bestimmung in Casoria im 87. Lebensjahre der italienische Staatsmann Giovanni Giolitti. Mit ihm ist der vornehmste Repräsentant der italienischen Vorkriegspolitik zu Grabe gegangen; als Politiker war er aber schon lange tot, bevor er gestorben war. Seine Zeit war, als Italien noch um seine Einheit kämpfte und als es unter dem Schutze des Dreubundes nicht nur seine nationalen Ziele erreichte, sondern auch zu einem beträchtlichen Faktor in der Weltpolitik bewandert. Er hat Cavour und Crispi auf ihrer Höhe und bei ihrem Sturz gesehen und hat dann nach einer langjährigen parlamentarischen Erfahrung und nachdem er sich vielfach als Beamter und Staatsminister betätigt hatte, im Jahre 1892 zum erismalen die Ministerpräsidenten übernommen. In der Folge hat er dieses Amt noch viermal verwaltet, aber auch zurückgehend hat er sich als parlamentarischer Führer der liberalen oder Unterbrechung an dem politischen Leben Italiens in ausflagelgebender Weise betätigt. Giolitti war zweifellos ein Mann von ausgezeichneten Fähigkeiten; vor allem besaß er einen klaren Blick für die jeweils gegebene Situation. Und hat sich in seinem auf reicher Erfahrung gegründeten Urteil

auch nie ihre machen lassen. Aber es fehlte ihm der entschlossene Wille, das als richtig Erkannte auch mit aller Entschiedenheit durchzuführen. Er war in seiner politischen Überzeugung konsequent und hat sie nie verleugnet, aber in den entscheidenden Augenblicken verlagte seine Kraft, ihr zum Siege zu verhelfen, und er überließ seinen Gegnern das Feld. Besonders charakteristisch für seine Haltung war sein Verhalten während des Krieges. Wenn er auch schon Anfang des Jahres 1914 vor der Regierung interveniert war, so ließ er doch noch weitreichenden Einfluß im politischen Leben, als der Kampf in Italien einsetzte, ob es im Weltkrieg neutral bleiben oder sich der Entente anschließen sollte. Er trat nicht deshalb, weil er ein französischer Freund war, als der er viel geliebt wurde, sondern weil er ein guter Italiener sein wollte und zu sein glaubte, für die Neutralität während des Krieges ein. Aber den Kampf gegen die sogenannten Interventionisten führte er nicht mit der notwendigen Energie. Einige Tage vor dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg war Giolitti aus seiner Heimatstadt nach Rom gekommen, um sich noch einmal in der Kammer für die Neutralität einzusetzen. Er schien in parlamentarischen Kreisen sehr große Unterstützung zu finden. Als er sich jedoch von der Kriegserklärung, die insbesondere Gabriele d'Annunzio entfacht hatte, überzeugt hatte und die ihn selbst in Lebensgefahr brachte, gab er seine Absicht auf und verließ fluchtartig Rom. Seither hat er abseits von der Politik einsam auf seiner Besitzung gelebt. Zwar ist er im Jahre 1920, als die Ordnung in Italien durch ins Wanken geraten war, nochmals — zum fünftenmal — an die Spitze der Regierung berufen worden, aber er war der Zeit nicht mehr gewachsen und mußte schon nach einem Jahr zurücktreten.

Er war ein ausgeprägter Opportunist, seine Politik war stets auf Verständigung und Ausgleich gerichtet. Niemals hat er sich den Problemen gegenüber eine entscheidende Stellung eingenommen und mit entschlossener Hand ihre Lösung angepaßt. So stand er auch dem Faschismus mit einem gewissen neutralen Wohlwollen gegenüber; ohne ihn zu billigen, hat er aber auch nicht die Kraft aufgebracht, ihn zu bekämpfen. Er hat wohl bis zu seinem Tode geglaubt, daß der Faschismus eine Episode sein werde, die ebenso plötzlich, wie sie entstanden war, auch wieder verschwinden werde. Und wenn er auch in der schließlichen Kammer wie und da, zum letzten Male noch im April d. J., das Wort gegen den Faschismus ergriß, so war seine Rede doch kein Kampf, sondern nur eine Kritik vom Standpunkte eines gewissen konservativen Konformismus aus, wie er es ja auch während seiner ganzen politischen Tätigkeit niemals ein Neuerer, sondern nur ein zücker Bewacher des Bestehenden war. Darin liegt aber vielleicht sein großes Verdienst um Italien, das ja nach seiner Einigung gerade diese Politik der Vorsicht und Ruhe brauchte, um seine inneren Kräfte zu sammeln und zu organisieren.

### Annahme des Kelloggpaktes.

Wie zu erwarten war, haben namentlich alle Staaten, an die der Kellogg'sche Patentwurf gerichtet war, der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß sie sowohl dem Patentwurf, als auch dem Inhalt des Begleitenscheins (vgl. unser 2. Juliheft) zustimmen und zur Unterzeichnung des Paktes bereit seien.

Von einer vorbehaltlosen Zustimmung mochten nur Frankreich und England eine Ausnahme. Der französischen Regierung ist es zwar nicht gelungen, ihre Vorbehalte zum Kellogg'schen Patentwurf selbst aufzuheben zu lassen. Sie hat aber nicht darauf verzichtet können, ihre Interpretation des Vertrages durch eine einseitige Erklärung zum Ausdruck zu bringen. In Anwendung des Rechtes der Selbstverteidigung hält die französische Regierung sich für allein zuständig zu entscheiden, ob die Umstände die Zukunft zu tragehelferischen Maßnahmen zur Verteidigung der französischen Nation erfordern. Die französische Presse geht, offenbar auf Weisung des Chai d'Orsay, so weit, zu behaupten, daß sämtliche französischen Vorbehalten amerikaneiserseits Rechnung getragen sei und daß die französische Politik einen vollen Erfolg zu versprechen habe.

Auch die englische Regierung glaubte nach zeitlicher Überlegung, daß die wohl dem Gedankenanstausch mit Paris gewohnt war, ihren Vorbehalten hinsichtlich gewisser Gebiete unterzuerhalten zu müssen, deren Unterwerfung unter ein Lebensinteresse für Englands Frieden und Sicherheit bedeutet, und behielt sich in dieser Beziehung Handlungsfreiheit vor. In den von den englischen Dominions übergebenen Antworten ist von diesem Vorbehalt nicht die Rede. Daß aber zwischen Washington und London über diesen Punkt Einigkeit besteht, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, spielt doch der Panamakanal für Amerika die gleiche Rolle wie der Suezkanal für England.

Die deutsche Antwort vom 11. Juli tritt entsprechend der von vornherein eingenommenen deutschen Haltung der Kellogg'schen Interpretation des Paktes bei und gibt damit zu verstehen, daß die deutsche Regierung die Interpretationen anderer Regierungen ablehnt.

Japan, Italien, Belgien, Polen und Schweden sowie die Türkei haben dem Pakt vorbehaltlos zugestimmt.

Die feierliche Unterzeichnung des Paktes soll voraussichtlich am 28. August durch sämtliche beteiligte Außenminister in Paris erfolgen.

zieht man das Fazit aus den nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen, so kann man eine gewisse Enttäufung darüber nicht unterdrücken, daß ein so einfacher, klarer und einleuchtender Gedanke, wie die Abtötung des Krieges es ist, bei seiner Verwirklichung unter solchen Schwierigkeiten zu leben gelehrt hat. Aber der Nachdruck, den einzelnen Staaten, in Zukunft auf den Krieg als Mittel ihrer Politik zu verzichten, wird man zweifeln dürfen, da schon heute, mit allen Aussageschlüssen daran gearbeitet wird zu gehen, unter welchen Umständen trotz des Paktes zum Kriege geflochten werden kann. Es ist schon früher zum Ausdruck gebracht worden, daß der Pakt, dem alle Definitionen fehlen, der juristischen Spitzfindigkeit die Wege ebnet. Ein führendes liberales englisches Blatt findet diese Tatsache nicht im Unrecht in den Gedanken, daß der Pakt so viele Hintertüren offen ließe, daß man sich den Krieg kaum vorstellen könnte, der durch ihn gedeutet werde. Bemerkenswert ist, daß sich in den Vereinigten Staaten selbst bereits eine gewisse Opposition gegen den Pakt bemerkbar macht, obwohl gerade die Tatsache, daß keine europäische Macht sich der Annahme des Paktes entziehen konnte, dem amerikanischen Machtegefühl schmeicheln mußte. Es kann durch einige Agitation leicht dahin kommen, daß der 100 v. H. Amerikaner glaubt, die Gesandte dieses Landes seien durch den Pakt an Europa gefesselt, und wenn man sich das Beispiel des Vertrages von Versailles vor Augen hält, so ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß die Ratifizierung des Kellogg'schen Paktes durch den amerikanischen Senat auf Schwierigkeiten stößt, obwohl der Pakt in seiner jetzigen Form amerikanischer Initiative entspringt.

Für die weitere Entwicklung des Paktgebankens dürfte es von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, daß Ausland bei den Verhandlungen vollständig übergangen ist und daraus den Schluß zieht, daß der Pakt gegen Ausland gerichtet ist. Innerhalb des Auslandes ebenfalls wie allen anderen bisher unbeteiligten Mächten fiel, sich dem Pakt anzuschließen.

Das bevorstehende Inkrafttreten des Kellogg'schen ist auch insofern von Interesse, als der Pakt geeignet ist, als Präzedenz für den Abbruchwillen der beteiligten Nationen zu dienen.

### Staatsstreik in Ägypten.

Am 25. Juni hatte König Fuad kurzer Hand das Kabinett Nohab Pascha entlassen und eine „Geschäfts“regierung unter Mohammed Pascha Mahmud eingesetzt. Gleichzeitig wurde das Parlament auf einen Monat vertagt. Der äußere Anlaß dieser scharfen Maßnahme war der Dornwurf passiver Besetzung gewesen, der gegen Nohab Pascha und den Kammerpräsidenten Difa Woffi Pascha, in ihrer Eigenschaft als Anwälte des Prinzen Ismail, sich abdrückte, von ihrem politischen Gegnertum abzuweichen, nach der ersten Sitzung zwar wegen ihres Altentates auf König Fuad im Mai 1920 für gefesselt erklärt und in eine englische Anstalt gebracht worden, aus der er jedoch nach Konstantinopel entwich. Seitdem klagt er gegen seine Verwanden auf Herausgabe seines gewaltigen Vermögens, wobei ihr seine Anwälte, gegen eine Gebühr von über 2 Millionen M., den sicheren Sieg angeblich verbrieft haben, da ihre herozerregende politische Stellung sie ja befähige, im Notfall sogar das Gesetz zu seinen Gunsten abzuändern.

Die so schwer Eingegriffenen haben Strafantrag wegen Verleumdung gestellt; doch bevor noch diese Angelegenheit, die den Hof sehr nahe berührt, aufgeführt ist, hat der König durch Dekret vom 19. Juli Kammer und Senat aufgelöst, und unter Aufhebung der Art. 89 und 122 der Verfassung für drei Jahre ausgesetzt, nach deren Ablauf eine weitere Ausschussung ins Ausland erfolgt wird, falls die Kage dies erfordere. Der König selbst übernimmt die gesetzgebende Gewalt und setzt die Pressefreiheit außer Kraft; kurz, das eben erst in Ägypten eingeführte parlamentarische Regime weicht der unbeschränkten Autorität des Herrschers und seiner Berater. Dieser Staatsstreik wird in einem Schreiben Mohammed Pascha Mahmuds damit begründet, daß der Parlamentarismus in den Händen einer kleinen Gruppe zu einem Werkzeug der Unterdrückung geworden sei, das insbesondere die wichtigsten wirtschaftlichen Reformen, wie die dringenden nötigen neuen Besondereinstellungen verbinde. Um die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck zu bringen, sei vor allem eine Abänderung des Wahlgesetzes erforderlich.

Die englische Presse nimmt diese Ereignisse mit Ruhe auf und erklärt mit einer gewissen Genugtuung, daß die gegenwärtige Krise — im Gegensatz zu den früheren, aus den Beziehungen zwischen Ägypten und England entstandenen — eine rein ägyptische Angelegenheit sei, die kein Eingreifen erfordere, solange sie nicht die britischen (und anderen) Interessen gefährde. Diese Interessen sind bekanntlich in der einseitigen britischen Erklärung vom 1923 niedergelegt worden, worin die englische Regierung zwar die „unabhängigkeit“ Ägyptens anerkennt, sie jedoch nicht als „unabhängig“ in drei Punkten anspricht, indem sie die Herrschaft über den Suezkanal und den Sudan sowie den Fremdenverkehr und die Verteidigung Ägyptens gegen auswärtige Einmischung für England vorbehält. Diese einseitig englische Regelung der beiderseitigen Beziehungen, namentlich die Fortdauer der englischen Herrschaft im Sudan, begünstigt jedoch dem heftigen Widerstand der ägyptischen Nationalisten

(Wafd) unter Führung Zaglal Pacha. Untertan gegen englische Beamte und englandfreundliche Ägypter wurden immer zahlreicher, bis nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Zaglal und Macdonald im Sommer 1924 die Krisis ihren Gipfel erreichte in der Ermordung Sir Kee Stads, der gleichzeitig Generalgouverneur des Sudan und Oberbefehlshaber (Stedar) der ägyptischen Armee war.

Das Kabinett Zaglal mußte einem englischen Ultimatum weichen; der persönlichere Sinar Pacha löste die Zaglal'stische Kammer zweimal auf und vertagte schließlich die Wahlen auf längere Zeit, mit dem Ergebnis, daß wieder eine zu 80 v. H. nationalistische Kammer zusammenkam. Davor fand Zaglal, und Pacha Pacha wurde Führer des Wafd. Musfiterische Verhandlungen zwischen Chamberlain und der ägyptischen Regierung scheiterten wiederum an der Unersöhnlichkeit der Wafdisten im Frühjahr 1928, die die unabdingte Wiederherstellung der ägyptischen Souveränität forderten, während die Konstitutionell-Liberalen unter Mohammed Mahmud bereit sind, den Tatsachen Rechnung zu tragen und England einen gewissen Einfluß zu belassen. Da nun der Wafd seine Anhänger in den breiten Volksmassen findet, handelt es sich für die Liberalen darum, die jegliche Wahlfreiheit durch Zensur- und Bildungsbeschränkungen einzusengen, einen größeren Einfluß auf die Wertschulung zu gewinnen und so seine liberale Kammermehrheit zu erzielen. Ob nun diese Revolution von oben die erhofften Ergebnisse und nicht etwa eine Revolution von unten zur Folge haben wird, bleibt abzuwarten.

## Das Gesetz über Schusswaffen und Munition vom 12. April 1928 und die Ausführungsbestimmungen vom 13. Juli 1928.

Nach jahrelanger Vorarbeit im Reichsministerium des Innern und nach langen, durch viele Monate sich hinziehenden, zum Teil recht schwierigen Beratungen im Reichsrat, kam der Entwurf des Reichsgesetzes über Schusswaffen und Munition am 13. März an den Reichstag. Dort wurde der Entwurf ohne Ausdebatte und ohne Diskussion in allen drei Lesungen angenommen und schon am 29. März verabschiedet. Dieser glatten parlamentarischen Erlebigung, die noch dazu in die allerersten, mit Stoff reichlich beladenen Sitzungen des alten Reichstages fiel, ist es zuzuschreiben, daß das neue Gesetz in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung gefunden hat. Dieses Schicksal ist unverständlich, denn das Gesetz ist sowohl aus prinzipiellen wie aus materiellen Gründen von großer Bedeutung. Ersteres schon deshalb, weil es zum erstenmal ein Rechtsgebiet in die Reichsgesetzgebung einbezieht, das bisher im wesentlichen der Landesgesetzgebung vorbehalten war, und weiterhin, weil es an Stelle einer sehr verwickelten und komplizierten Regelung durch Härdegesetz und Verordnung eine einheitliche gesetzliche Regelung für das Reichsgebiet bringt. Aber auch materiell ist das neue Gesetz sowohl für das öffentliche Leben wie für jeden einzelnen Staatsbürger von wesentlicher Bedeutung, weshalb im nachfolgenden die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes kurz wiedergegeben werden sollen.

Der § 1 bestimmt, daß Schusswaffen im Sinne des Gesetzes solche Waffen sind, bei denen ein Geschoh oder eine Schrotladung durch Explosionsgas oder Druckluft geschlossen werden.

Die §§ 2 bis 4 bestimmen, daß die Herstellung und der Handel mit Schusswaffen konzeptionspflichtig sind. Cröblen, unzuverlässigen und umherziehenden Personen und Jahrmärkthändlern ist der Handel mit Waffen verboten. Den Pfandleihen ist die Verleiherung von Schusswaffen untersagt.

Der § 5 bestimmt, daß vom 1. April 1929 ab nur solche Waffen feilgehalten und überlassen werden dürfen, die Firma oder Warenzeichen des Herstellers oder Händlers und eine Herstellungsnummer tragen.

Der § 10 bestimmt, daß Waffen und Munition nur gegen Auszahlung eines behördlich ausgestellten Waffen- oder Munitionsverwechslungsscheines überlassen und erworben werden dürfen.

Der § 15 bestimmt, daß, wer außerhalb seiner Wohnung, seiner Geschäftsräume oder seines befriedeten Besizes eine Schusswaffe führt, einen behördlich ausgestellten Waffenschein bei sich tragen muß. Diese Waffenscheine gelten für das Reichsgebiet und für die Dauer eines Jahres.

Der § 16 bestimmt, daß Waffen- und Munitionsverwechslungsscheine nur Personen ausgestellt werden dürfen, gegen deren Zuverlässigkeit keine Bedenken bestehen; Waffenscheine außerdem nur bei Nachweis eines Bedürfnisses. Verboten ist die Anstellung an Personen unter 20 Jahren, an Genußsüchtige und Minderwertige, an Flüchtlinge und umherziehende Personen, an Personen, die wegen Brandstiftungs-Verbrechen, Sprengstoffverbrechen oder Zündkerndelicten gegen die bisherigen Waffenbestimmungen vorbestraft sind, denen die bürgerlichen Ehrenrechte abgeprochen oder die unter Polizeiaufsicht gestellt sind. Nach § 17 ist diesen Personen auch der Besitz von Schusswaffen verboten.

Der § 21 setzt fest, daß der Jahresjagdchein eines Landes zum Erwerb und zur Führung von Jagdwaffen und Faustfeuerwaffen für Jagdschein im Reichsgebiet berechtigt.

Der § 23 bestimmt, daß Waffen und Munitionslager, d. h. jeder Bestand von 5 Schusswaffen oder 100 Patronen, bzw. 10 Jagdwaffen und 1000 Jagdpatronen genehmigungspflichtig ist. (Der Besitz einer geringeren Menge von Waffen und Munition innerhalb der Wohnung oder des Besizes ist demnach, abweichend von der bisherigen Regelung in den meisten Ländern, frei.)

Der § 24 ordnet in den Handel mit zerlegbaren (og. Wildschieß-) Gewehren und von Schusswaffen mit Schlegelwerfern oder Schußdämpfern und deren Herstellung.

Der § 25 enthält die Strafbestimmungen; Vergehen gegen das Gesetz können mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren und mit Geldstrafen von 10 bis 200 Reichsmark bis auch, wer es vorläßt, oder fahrlässig herbeiführt, zu bestrafen, daß eine zu seiner Hausgemeinschaft gehörige und seiner Aufsicht oder Erziehung unterliegende Person unter 20 Jahren Schusswaffen besitzt, führt, erwirbt, herstellt, feilsetzt oder anderen überläßt.

Nach § 34 tritt das Gesetz am 1. Oktober 1928 in Kraft.

Durch die von der Reichsregierung unter dem 15. Juli 1928 erlassenen Ausführungsbestimmungen werden die vom 1. Oktober ab geltenden Höchstsätze für die Gebühren für Waffenscheine und Waffensverwechslungsscheine festgelegt. Der Waffenschein und der Waffensverwechslungsschein kosten je 5 Mark, jede Verelängerung 2 Mark. Ein kombinierter Waffen- und Waffensverwechslungsschein kostet 5 Mark. Der Waffenschein für die zum Schießsport benötigten Kleinwaffen kostet 1 Mark. Nach diesen Sätzen dürfte für die meisten Länder vom 1. Oktober ab eine wesentliche Verbilligung der Gebühren für Waffenscheine eintreten.

Nach dem Gesetz dürfen durch die Ausführungsverordnung der Reichsregierung einzelne Waffenarten von den Bestimmungen des Gesetzes ausgenommen werden. Die Verordnung beschränkt diese Ausnahmen lediglich auf historische Waffen (Modell vor 1870) und auf einige Schusswaffen harmlosen Charakters (Luftgewehre, Knackpistolen, Scheintopistolen, schwache Leihgins u. a.).

Die Absicht des neuen Reichsgesetzes geht dahin, den Waffenbesitz in der Bevölkerung möglichst einzuschränken und zu kontrollieren und durch Beschränkung des Waffenbesitzes zu verhindern, daß Schusswaffen in die Hand unzuverlässiger, geistig nicht normaler oder gewalttätiger Personen kommen. Dadurch soll nach Möglichkeit dem Mißbrauch von Schusswaffen entgegen gewirkt werden. Ganz besonders zu begrüßen ist das absolute Verbot des Waffenscheines und der Waffenzugabe für jugendliche Personen, in deren Hand Schusswaffen schon unendlich viel Unheil angerichtet haben. Die Durchführung des Gesetzes wird zu einer erhöhten Sicherheit des bürgerlichen und öffentlichen Lebens in wesentlichem Umfange beitragen.

## Republikanische Schulfestern.

Eine Handreichung von Dr. Karl Müller und Albert Wagner, 2 Bände (260 und 121 S.), Verlag Julius Belf, Kamenjals 1928.

Was Motto dieses Werkes könnte ein Wort von einem der größten Staatsmänner, von Aristoteles, dienen: „Das Wichtigste für den Bestand einer Staatsform ist eine der Verfassung angemessene Erziehung. Die heilfamsten Gesetze können nur durch eine sinnvoller Entschliegung aller Staatsbürger, fruchten nicht, solange nicht Sorge getragen wird, daß die einzelnen sich in sie hineinleben und im Besitze der Verfassung erziehen werden.“ Und kommt ein Tag des Jahres wäre — das scheint der Grundgedanke dieser „Handreichung“ zu sein — besser dazu geeignet, in der deutschen Jugend den Sinn für die ruhmvolle Geschichte des Reiches und für das Wesen der deutschen Republik zu erwecken als derjenige, an dem sich das deutsche Volk in schwerer Zeit ein neues Grundgesetz seines staatlichen Lebens gab. Um den Verfallungstag würdig begehen zu können und namentlich der heranwachsenden Generation die Bedeutung des Weimarer Werkes einprägen vor Augen zu stellen, wird in dem vorliegenden Werk überaus reichhaltiges Material in die Hand gegeben. Um aus seinem Inhalt nur einiges herauszugreifen: historische Umwandlungen, Gitate, Gedichte, Unterlagen zur Ausarbeitung von Festreden werden geboten. Kurzum, in beiden Bänden sind in reicher fülle Anregungen und Materialien zur Ausgestaltung republikanischer Schulfestern, namentlich zur Begehung des Verfallungstages, zu finden.

Es hiesse jedoch dem Wert dieses Werkes Abbruch tun, wollte man verschweigen, daß es nicht nur für Schullehrer geschrieben ist, sondern darüber hinaus für all diejenigen ein wertvolles Hilfsmittel bedeutet, die in Organisations- oder Art, in Vorbereitungs- und Durchführung, republikanische Festern veranstalten oder als Redner auftreten. Und schließlich können die Bänder sogar als Sekundäre staatsbürgerlichen Inhalts aus wärmte empfohlen werden, führen sie doch dank ihres reichhaltigen und übersichtlich geordneten Materials leicht in das Wesen und Werden des neuen Staates und die in ihm wirkenden lebendigen Ideen ein.

**„BACCUS“**  
**WEIN-SCHRANKE**  
 PREISLISTE  
 GRATIS  
 JOH. NIC. DEHLE  
 COBURG 14

Allerfeinste Oldenburger  
**Tafelbutter**  
 preisgekrönt, a. bocherisiert,  
 Rahm, verwendet liegt, frisch  
 in Postpak. v. 6 und 9 Pfd.  
 Laball, in 1- oder 1/2 Pfd.-  
 Stöck verp., gegen Nachn.  
 zum Tagespreis.  
 Erste Butelfinger Markbräu-  
 Gen. Kulwarden 18 (0348).

**Edel-Honig**  
 aus Californien  
 aus Orangenblüten, das Beste  
 was geliebert wird, 10 Pfund-  
 Dosen 11,— halbo 6,— 3 Pfund-  
 frei Nachn. Garantiert rein.  
**E. LOHR, Wilhelmshaven-3**  
 Lieferant der Kaiserfamilie.

**Dieses Opterglas**



herrliche Fernsicht,  
 vorzügliche Vergrößerung  
 durch Mitteltrieb für jedes Auge  
 einstellbar, im Ecku  
 und dia

**Gentleman-Ausrüstung**  
 enthaltend: 1 Sicher-  
 heitsfullfederhalter m.  
 gar. 14kr. pl. Gold-  
 fedel, modern gemu-  
 stert, 1 eleg. Drehbleistift,  
 ebenfalls gem.;  
 2 passende Klfen;  
 2 Ersatzgoldfedern  
 14kr. pl. und 2 Res-  
 servenniven für den  
 Drehbleistift

kost. zusammen 4,75 M.  
 und Porto per Nach-  
 nahme. Der billige  
 Preis erklärt sich  
 durch mein Prinzip:  
 „Großer Umsatz, klei-  
 ner Nutzen.“

Ich garantiere  
 Rücknahme, wenn un-  
 zufrieden.  
 Walter Noske,  
 Bernburg a. S. 31

**Feine Rheinweine**  
 billigst

**KASE**, direkt vom  
 Hersteller.  
 9 Pfd. rote Kugelskäe M. 3,80  
 9 Tafelskäe, Ska. a. 4,  
 9 Tilsiterformkäse, 3,60  
 Schafkäse, bester Rahm-  
 material, 10 Pfd. Ska.  
 Nichtgef. retour.  
**Käseschmelzwerk,  
 Freiburg/Elbe 224.**

**Feinstes Toilet-  
 Pflanzenmus**

wohlachmeckend u. gesund,  
 garantiert rein, mit Zucker  
 eingekocht, 10 Pfd. Ska.,  
 Postkoll 3,70 M., 35 Pfd.  
 Bahakoll 8,50 M., Fässer  
 mit 25-140 Pfd. a. Pfd.  
 0,34 M., fr. Preißelbrenn  
 mit Zucker, 10 Pfd.-Kimer  
 5,— M., fr. Hühnerbr., beste  
 Qualität, 10 Pfd. Dose 1,10 M.  
 Preise ab hier, gegen Nachn.  
**HEINR. ECKSTEIN Kon-  
 servenfab./Magdeburg, 440**

**Achtung**  
 Artikel der Gesundheits-  
 und Krankenpflege, ohnrück-  
 und hygienische  
 Gummlwaren. 0 s m m i  
 s t r a p l e etc. Preisliste  
 gratis, **BERMANN DWAN,**  
 Berlin 318, Ballin-Allene-  
 Straße 32. Gebrüder 1894

Die schönsten  
**GEBIRGSLANDSCHAFTEN**  
 sind dem  
**KUNSTVERLAG LUDWIG MÖLLER, LÜBECK**  
 sind eine wertvolle Reise-Erkenntnis und ein  
 Schatz für jedes gute, hübsche und geistig  
 wandern gerne, in breiten oder engen  
 und Kunstausstellungen



**Sommersprossen**  
 auch in hartnäckigsten Fällen, beseitigt man  
 mit **Garsalt „Pigmet“**, Wirkung unerreicht,  
 wo andere erfolglos bleibt. **Preis M. 4,50.**  
 Versand geg. Nachn. durch die alleinige Niederlage für  
**Schröder-Schenck, Berlin W 183, Potsdamer Str. 28 b**

**Arcona-Räder**

Die **Qualitätsmerkmale** **Hand-In-Preis.**  
 Das bekannteste **Gebirgsrad** **Maria-  
 Stern**, Modell **A**, hergestellt aus bestem  
 Material, m. moderat. Rahmenbau, m.  
 Gabeln aus alu., mit **3 Jahren 68 M.**  
**Garantie**. Orig.-Tropfenluft-  
 Verv. überflüssig. **Zahngar.**  
**Verfügen Sie Katalog gratis u. gratis**  
 auch über **Spezialmaschinen, Musikinstrumente**,  
**Uhren, Goldwaren, Wirtschaftsgüter, a.s.w.**  
**Ernst Madrow, Wilmersdorf 14**  
**0808, Fahrradhaus Deutschl.**



direkt vom  
**Weingut Geschwister Hub**  
**Nierstein am Rhein**  
 Verlangen Sie sofort Preisliste 2.

**„Adresser“ für 20.75 Mk.**  
 macht das langweilige Adressenschieben durch hochheißes Angestelltes über-  
 die. Eine billige Hilfskraft druckt in der Stunde bis 500 verschiedene Adressen  
 auf Karte, Briefbogen oder Schreibzettel. Der Apparat kann jahrelang für  
 Tausende von Vertriebsfirmungen benutzt werden, ist in infolge seines Preises  
 für Behörden, Vereine und Kaufleute unbedingt rentabel und zuverlässig.  
 Große Prospekte, Druckbogen und Muster gratis.  
**ERNST KORN, SPANDAU, CHAMISSOWSTR. 35.**

**Bier**

selbst zu  
 brauen mit  
 Hasenbier,  
 einfach wie  
 Kaffee-  
 kochen, Miß-  
 lingen aus-  
 gesch. Gar-  
 rein bei, reif  
 Maß  
 Hopfen, Packung für 20 Liter  
 heiß oder dunkel, M. 1,50.  
**Eckhardt, Angersburg U.,  
 Ravensburger Str. 17/9**



**PIANOS**  
**HARMONIUMS**, neue, ge-  
 bräunche, ohne Anzang.  
**APOLLO-MUSIKHANDL.**  
 Berlin N 94, Friedrichstr. 114  
 (Oranienburger Tor)

**Abessinierbrunnen**  
 kann jeder  
 selbst aufstel-  
 len. Manschet-  
 ten u. Klappen  
 usw. akkurat  
 Ersatzteile, für  
 alle Pumpen  
 passend, sofort  
 lieferbar.  
 Illustrierte Preisliste gratis.  
 A. Schopmann, Pumpen-  
 fabrik, Berlin N 905, Chaus-  
 seestraße 85



**Oestergaards Gesellschaftsreisen**

**Sonder-Angebot**  
 21. bis 27. August oder 28. August bis 3. September  
**Einwöchentliche Reise**  
**nach Kurhaus Binz**  
 dem vornehmsten und besten Hotel auf Rügen

**75 Mk.**

21. August b. 3. September 2 wöchentlich. Reise 135 RM.  
**In diesem Preise sind mit inbegriffen:**  
 Eisenbahnfahrt 3. Kl. Berlin-Stettin (D-Zug) und  
 Stettin-Berlin / Dampferfahrt Stettin-Swinemünde-  
 Heringsdorf-Zinnowitz-Söllin-Binz und zurück /  
 Zimmer und ersteklassige Verpflegung im Hotel Kurhaus-  
 Kaiserhof Binz / Sämtliche Bedienung- und Trinkgelder  
**Dieselbe Reise von Stettin bis Stettin**  
**12 Mark weniger**

Für Teilnehmer, die sich unabhängig von der gemein-  
 samen Hin- und Rückreise nach Binz begeben, ebenso  
 für Gäste, welche die Eisenbahn über Stralsund benutzen  
 wollen, kostet die Reise 15 Mark mehr.

**PROGRAMM**

**der Erholungsreise nach Kurhaus Binz**  
**Dienstag, den 21. od. 28. August** Hinreise: 8 Uhr morgens: Treffpunkt  
 Berlin, Stettiner Bahnhof. Ver-  
 2. Klasse. Die Wagen für die Teilnehmer unserer Binnreise sind  
 reserviert und durch Fikate „Oestergaards Gesellschaftsreisen“ kennt-  
 lich. Abfahrt des D-Zuges 8.15 Uhr, Fahrtdauer 2 Stunden, Ankunft  
 in Stettin 10.31 Uhr. Die Teilnehmer begeben sich am Bahnhof ent-  
 lang zur Anlegestelle Hakenstrasse des Dampfers „Burgard“ der Stet-  
 tiner Dampfschiffahrts-Gesellschaft J. F. Brazaulich. Abfahrt des Dampfers  
 von Stettin um 11.00 Uhr, Ankunft Swinemünde 14.00 Uhr, Abfahrt  
 Swinemünde 14.10 Uhr, Ankunft Heringsdorf 14.40 Uhr, Abfahrt Heringsdorf  
 14.50 Uhr, Ankunft Zinnowitz 15.00 Uhr, Abfahrt Zinnowitz  
 15.10 Uhr, Ankunft Stettin 15.15 Uhr, Abfahrt Stettin 15.25 Uhr, Ankunft  
 in Binz 19 Uhr.

**Montag, d. 27. Aug. od. 3. Sept.** Rückreise: Abfahrt des Dampfers 6.40 Uhr  
 morgens, Ankunft in Stettin 7.05 Uhr, Ab-  
 fahrt Stettin 7.15 Uhr, Ankunft Zinnowitz 9.20 Uhr, Abfahrt Zinnowitz  
 9.30 Uhr, Ankunft Heringsdorf 10.40 Uhr, Abfahrt Heringsdorf 10.45 Uhr,  
 Ankunft Swinemünde 11.15 Uhr, Abfahrt Swinemünde 11.30 Uhr, An-  
 kunft Stettin 12.00 Uhr, Abfahrt Stettin (Hil-Zug) 15.45 Uhr, Ankunft  
 Berlin Stettiner Bahnhof 18.27 Uhr.

**Kuponhelfe** Jeder Teilnehmer erhält ein Kuponhelf, enthaltend  
 die Kupons für Eisenbahn- und Dampferfahrten,  
 Breiksgeld, Pension usw.

**Unterkunft und Verpflegung** Die Teilnehmer erhalten je  
 Doppelzimmer im Hotel Kurhaus-Kaiserhof Binz. Auf der Hinreise  
 sind das Mittagessen und dem Dampfer entgegenommen. Für die Rück-  
 reise werden den Teilnehmern Eßpakete aus der Küche des Kurhauses  
 Binz mitgegeben. Die Verpflegung besteht aus der bekannten erst-  
 klassigen Pension der Kurhäuser: Komplett Frühstück, Mittag- und  
 Abendessen. Die Mahlzeiten werden nach Belieben an Einzeltischen  
 eingenommen.

**Dampfer** Tiedet auf dem großen Doppelstrahlen- und Postendampfer  
 „Hugend“ der Stettiner Dampfschiffahrts-Gesellschaft J. F. Brazaulich statt.  
 Der Dampfer „Hugend“, im Jahre 1927 erbaut, ist das größte und  
 modernste Schiff der Rügen-See-Rennschiffahrt und überführt die Schiffe  
 „Olde“ und „Hertha“ an elegante Einrichtung. Großes Promenaden-  
 deck, Hauptdeck, Dimensionen, Speisestuben, Rauchsalon usw. Funk-  
 telegraphie an Bord.

**ANMELDESCHIEIN**

An den „HEIMATDIENST“, Anzeigen-Verwaltung,  
 Berlin W 35, Potsdamer Str. 41.

Ich ersuche um gefl. Zusendung von „Kuponhelfen“ für die ein-  
 wöchentliche Reise nach KURHAUS BINZ vom 27. Juni bis 3. Juli.  
 Den Betrag von RM. 75,— bitte durch Nachnahme zu erheben.

Name: .....

Ort u. Straße: .....

# HEIMATDIENST-SAMMELMAPPEN

WIE IM VERGANGENEN JAHRE hat der Zentral-Verlag GmbH auch für den Jahrgang 1928 des Heimatdienstes eine Sammelmappe herstellen lassen, um das wertvolle Material, das die Zeitschrift „Der Heimatdienst“ bietet, auch in äußerlich anscheinlicher Gestalt aufheben zu können

DER PREIS in Halbheften mit Aufdruck beträgt **2 MARK** für die Mappe, zuzüglich Porto

**Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme**

**ZENTRAL-VERLAG GMBH, BERLIN W 35** POTS DAMER STRASSE 41  
POSTSCHECKKONTO BERLIN 78995

## Schwarz in der Rot deutschen Geschichte Gold von Ernst Jäger

Kulturhistorischer Beitrag zur Flaggenfrage mit 16 Kunstdruckabbildungen in festem, farbigen Einband 1,20 RM.

Das Büchlein ist ein sehr wertvoller Beitrag, durch den wir viele historische Wahrheiten erkennen. Es gehört in jede Bibliothek.

(Der Herold)

Es ist lobenswert, daß ein bisher noch unbekannter junger Historiker die Entwicklungsgeschichte der Farben Schwarz-Rot-Gold geschrieben hat. Jäger nennt seine kleine, wissenschaftliche wohlfundierte und dabei gut populär geschriebene Abhandlung mit Recht einen kulturhistorischen Beitrag zur Flaggenfrage. Man wünscht das Heft in recht viele Hände.

(Königsberger Hartungsche Zeitung.)

Durch jede Buchhandlung zu beziehen, sowie

**Zentralschriftenvertrieb G. m. b. H.,  
Berlin W 35, Potsdamer Straße 41.**

# Der Städtetag

Mitteilungen des Deutschen Städtetages

22. JAHRGANG  
JUNI 1928



SONDERHEFT  
ZUR „PRESSA“

### Kommunalpolitik und Presse

- Dorwort des Herausgebers
- Dr. Groth, Geschichtliche Beziehungen
- Dr. Goldschmidt, Kommunalpolitik und Tageszeitung
- Dr. Gerstenberg, Derleger und Kommunen
- Dr. Michaels, Die Gemeindevertretung im Spiegel der Presse
- Dr. Lingnau, Das komm. Zeitschriftenwesen
- Dr. Schöne, Die städt. Nachrichtenblätter
- Dr. Schmalz, Organist. d. städt. Presseämter
- Dr. Doolfat, J. Elben, Kommunalpolitik und Presse im Auslande
- Dr. Dr. Küppers, Die Kommunalpolitik auf der „Pressa“

Herausgeber: Dr. W. Spickermann, Beigeordneter des Deutschen Städtetages  
**SELBSTVERLAG DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES-BERLIN**  
Preis 2,- RM Für Mitglieder d. Deutschen Städtetages 1,- RM.



**WACHENHEIMER BURG**



ORIGINALANFÜHRUNG AUS DER  
BÜRKLIN-WOLFSCHEN KELLER-  
WACHENHEIM (Pfalz)



## Verlangen Sie bei Ihrem Weinhändler Bürklin - Wolf - Weine!

Naturweine nur eigenen Wachstums in allen  
Preislagen, bis zu den edelsten Trockenbeerenauslesen  
empfiehlt die

### Bürklin-Wolfsche Gutsverwaltung Wachenheim (Pfalz)

Weinbergbesitz 300 Morgen  
in den Qualitätslagen von Wachenheim,  
Forst, Deidesheim, Ruppertsberg, Dürkheim.

Spezialmarke für Tisch- und Kneipwein:  
**Wachenheimer Burg**